

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgepaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 7. November 1931

35. Jahrgang

Nummer 45

Tolerierungspolitik und Gewerkschaften

Von Alexander Knoll.

„Partei und Gewerkschaften sind eins!“ — dieses Wort, von dem verstorbenen Bömelburg auf dem Kölner Gewerkschaftskongress 1905 geprägt, hatte ursprünglich nur den Sinn, die geistige Wesensähnlichkeit von Partei und freien Gewerkschaften aufzuzeigen. Es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß diese beiden großen Bewegungen niemals in einen inneren Gegensatz zu einander geraten könnten, auch wenn sie in den Methoden ihrer Arbeit, in der Auffassung über ihre Tagesarbeit nicht immer übereinstimmten.

Heute hat dieses Wort einen sehr viel tieferen Sinn und Inhalt erlangt. Einmal sind die mancherlei kleinen und kleineren Gegenstände, die zwischen den beiden Bewegungen noch vor 25 Jahren hier und da zutage treten konnten, nahezu völlig verschwunden. Das Zusammenarbeiten ist ein sehr viel engeres und innigeres geworden; es sei nur an die Ursachen der letzten Reichstagsauflösung erinnert, wo es sich zwar nicht um gewerkschaftliche Forderungen allein oder in ausschlaggebendem Sinne gehandelt hat, solche aber doch in starkem Grade mitbestimmend gewesen sind.

Aber noch weit darüber hinaus geht heute die Gemeinsamkeit der Interessen von Partei und Gewerkschaften.

Heute sind sie zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden, deren lechte Konsequenz nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als — gemeinsam zu siegen oder gemeinsam unterzugehen! Dass es so geworden ist, ist nicht das Werk einzelner Personen, nicht die „Schuld“ einer der beiden Faktoren — das ist Schicksal, ist ge- schichtlich Notwendigkeit, vor der es kein Entrinnen gibt!

Wenn das bisher noch nicht allenthalben in der Gewerkschaftsbewegung erkannt worden ist, so sollte doch wohl die Harzburger Tagung der sogenannten „Nationalen Opposition“ endlich in allen Köpfen die notwendige Klarheit geschaffen haben. Was in Harzburg gefordert worden ist, ist ja doch nicht mehr und nicht weniger — als die Zerschlagung und Zerstörung aller gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Errungen und Gewerkschaften, an deren Erringung die Sozialdemokratische Partei als Faktor der Gesetzgebung denselben Anteil hat, wie die Gewerkschaften als unmittelbare Vorkämpfer und Initiatoren. Leider müssen wir sagen: Nur allein die Sozialdemokratische Partei; denn die Tätigkeit der links von ihr stehenden Aach-Arbeiterpartei, der KPD, hat ja immer nur darin bestanden, die Arbeit der Gewerkschaften und der treu zu ihr stehenden Sozialdemokratischen Partei herunterzureißen und der Arbeiterschaft diese Errungen und Gewerkschaften zu verekeln.

Lassen wir diese Betrachtungen jedoch zunächst auf sich beruhen. Beschäftigen wir uns vorderhand erst einmal mit der sogenannten Tolerierungspolitik, die ja insoweit ihre Wellen bis in die gewerkschaftlichen Reihen schlägt, als manche unserer Mitglieder geneigt sind, Erscheinungen und Ereignisse, die gerade uns als Gewerkschafter an unangenehmen berühren und berühren müssen, auf das Konto dieser Tolerierungspolitik zu setzen. Da müssen wir zunächst mal grundsätzlich fragen: Ist die Bezeichnung der im letzten Jahre betriebenen Politik als „Tolerierungspolitik“ überhaupt richtig; ist sie nicht zum mindesten irreführend? Wenn ich jemanden toleriere, d. h. ihm gegenüber Duldung übe, so hat das doch den Sinn, daß ich diesem Jemand, diesem Dritten, eine Gefälligkeit erweise oder noch mehr, daß ich ihm nützen oder ihm vor Schaden bewahren will. Ich möchte nun den sehen, der zu beweisen vermag, daß die Partei bei ihrer Tolerierungspolitik beabsichtigt, Herrn Brüning gefällig zu sein oder gar ihm zu nützen! Wer das behauptet, versteht entweder nichts von der Politik, oder er ist ein politischer Verleumder. Gewiß hatte bisher die Tolerierungspolitik die Wirkung, Herrn Brüning im Amt zu halten — und man sagt ja auch häufig, daß in der Politik nur der Erfolg entscheidet. Schön, zugestanden! Aber wenn das richtig ist, dann muß man doch auch fragen, was wäre denn der Erfolg, wenn heute oder morgen mit der Tolerierungspolitik Schluss gemacht würde? Dass dann eine arbeiterfreundlichere Reichsregierung ans Ruder käme, das kann doch nur ein politischer Trottel glauben. Der Sturz der Regierung Brüning: Das ist es ja gerade, worauf die „Harzburger“ warten. Sie selbst sind bis heute noch nicht stark genug, um mit Erfolg vorstoßen zu können. Das wissen sie selber am besten, trotz aller Großsprechereien. Wenn die Dinge aber so stehen, dann muß man doch allen Ernstes fragen: Kann es unsere Aufgabe, d. h. also Aufgabe unserer Partei sein, ihren und unseren Feinden zu dem Ziele zu verhelfen, das sie aus eigener Kraft nicht zu erreichen vermögen? Wäre das nicht politischer Selbstmord? Und wenn Gewerkschaftsmitglieder das von der Partei verlangen, heißt das nicht, die Partei aufzufordern, die Gewerkschaftsbewegung, unsere Gewerkschaftsbewegung, an unsere Feinde auszuliefern? Und dieser Erfolg würde doch unweigerlich eintreten.

Es kann sein, daß wir dieser Gefahr auf die Dauer nicht entgehen. Aber es ist doch ein himmelweiter Unterschied, ob ich eine

solche Gefahr selbst herausbeschwere, oder ob sie ohne mein Zutun eintritt. In ersterem Falle ist es ein politischer Fehler, von dem Bebel einmal gesagt hat, daß er schlimmer ist als ein Verbrechen — im anderen Falle wäre es historisches Schicksal oder Verhängnis, dem wir dann nicht zu entgehen vermöcht haben.

Noch aber ist es soweit nicht, und niemand vermag im Augenblick zu sagen, daß es so kommen muß. Freilich gibt es in unserer Bewegung auch zahlreiche Pessimisten, die der Meinung sind, daß wir dem Faschismus durch die Tolerierungspolitik nicht entgehen. Manche gehen sogar noch weiter und behaupten, daß wir auf dem bisher beschrittenen Wege erst recht zum Faschismus kämen oder überhaupt schon mittendrin seien. Brüning, so sagen sie, sei ja

derartiges heute in Deutschland? Hier können sich trotz Notverordnungen bis heute noch alle politischen Parteien frei bewegen — sofern sie nicht zu ungeschlichen Mitteln greifen. Nur da, wo die Faschisten bereits das Heft in der Hand haben; ist es anders — sie Braunschweig.

Aber das bedeutsamste Argument, das — auch von Gewerkschaftsmitgliedern — gegen die Tolerierungspolitik geltend gemacht wird, ist, wie schon erwähnt, daß durch sie der Faschismus nicht verhindert wird und es daher besser wäre, den Faschisten Gelegenheit zu geben, zu zeigen was sie können, eben weil sie sich dann sehr bald abgewirtschaftet haben würden.

Man muß die politische Naivität bewundern, die sich in dieser Auffassung offenbart. Sie setzt nämlich voraus, daß die Faschisten, einmal zur politischen Macht gelangt, parlamentarisch regieren würden, und sei es auch nur im Notverordnungsstil der Brüningregierung. Ach nein! Die Faschisten denken gar nicht daran, es ihren Gegnern so leicht zu machen. Sie haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß sie eine antiparlamentarische Partei sind — genau so, wie ihre politischen Zwillingsschwestern, die Kommunisten. Sie wollen die Diktatur! Und sie wollen den Diktator! Ihre erste politische Tat wäre also ganz bestimmt die Auflösung aller Parlamente und überall die Einsetzung von Nazis als kleine oder große Diktatoren, die nur das auszuführen haben, was der Ober-Nazi in Berlin oder München befiehlt!

Neben der Auflösung der Parlamente erfolgte selbstverständlich im gleichen Augenblick die Unterdrückung aller Gewerkschaften, die Beschlagnahme ihres Vermögens und wahrscheinlich auch die Verhaftung aller irgendwie führenden Persönlichkeiten. Selbstverständlich ginge nebenher das Verbot der gesamten nicht-nazistischen Presse. Das sind keine Phantasien, sondern ist oft genug von einzelnen Nazis ganz offen ausgesprochen worden. In Italien hat man es genau so gemacht.

Natürlich wäre mit allen solchen Maßnahmen an den wirtschaftlichen Zuständen nichts geändert. Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit würden dadurch nicht behoben. Ja, sie würden, das ist mit Sicherheit anzunehmen, noch wesentlich verschärft werden, weil dann auch die letzten in Deutschland noch investierten ausländischen Milliarden aus Deutschland herausgezogen würden. Damit rechnen auch die Nazis und ihre Freunde selber. Daher die verschiedenen Vorschläge für eine „innere Währungsreform“, die doch alle zwangsläufig auf eine neue Inflation hinauslaufen. Hoffentlich aber habt ihr alle noch nicht vergessen, was Inflation für die Arbeiterschaft bedeutet!!

Ihr meint, wenn die Nazis es so treiben würden, daß ihnen dann das Gros ihrer heutigen Freunde selbst davonlasse. Gewiß! Damit rechnen sie selbst auch, darauf sind sie gefaßt. Sollten jedoch die von ihnen betrogenen Arbeitewähler dann murren, dann hat man für sie dieselben Mittel in Bereitschaft, mit denen Herr Mussolini die Arbeiterschaft abgespeist hat, die ihm einstmals im blinden Vertrauen nachgelaufen sind. Das sind: Flintenkugeln, Maschinengewehre und Meuchelmord! — Denkt an Matteotti! Nicht umsonst verlangen die Nazis, daß ihnen „nur“ das Wehrministerium und das Reichsministerium des Innern, in Preußen das Polizeiministerium, ausgeliefert werden.

So liegen die Dinge! Solche Zustände zu verhindern — das ist der Sinn der Tolerierungspolitik! Daran ändert auch alle „Entlarvungspolitik“ der Kommunisten nichts. Die Drahtzieher — und Drahtzieher — dieser Partei wollen, das haben sie oft genug ausgesprochen, daß Chaos in Deutschland. Sie sind genau so schlimm wie die Hitler und Konsorten, die für ihre Wühlarbeit gegen die deutsche Republik und die deutsche Arbeiterschaft von deutschen Kapitalmagnaten bezahlt werden.

Noch einmal: So liegen die Dinge! Kann es da für den ehrlichen und überzeugten Gewerkschafter noch ein Befinden geben, zu welcher Politik er sich bekennen soll: Zu einer Politik besonnener und zäher Abwehr, bis zum letzten, oder zu einer sinnlosen Katastrophenpolitik? Eines von beiden gilt nur, ein Zwischending gibt es zur Zeit nicht.

Gewiß, es ist oftmals sehr schwer, bei allem, was die Notverordnungspolitik des Herrn Brüning der Arbeiterschaft in Deutschland zumutet, ruhig Blut zu wahren und nicht mit den Fäusten dreinzuschlagen. Aber wir sollen unsere Fäuste nicht dazu benutzen, selbst noch die letzten Positionen, die Grundlagen eines späteren Wiederaufstiegs, zu zerstören. — Mit einem Wort: Wir sollen bei allem berechtigten Unmut keine Selbstmordpolitik treiben.

Den Nazis und ihrem Anhang aber in der gegenwärtigen Situation das Feld freigeben — und nichts anderes bedeutet zur Zeit die Liquidierung der Tolerierungspolitik —, das wäre in der Tat politischer Selbstmord.

Ihn zu verhindern, das ist der Sinn der Tolerierungspolitik. Somit ist Tolerierungspolitik zur Zeit und vielleicht noch bis auf weiteres zugleich auch die beste Gewerkschaftspolitik.

Zum 9. November

Vier Jahre Haß! Vier Jahre Mord!
Vier Jahre Kriegsgewitter!
Des Sensenmannes Weltrekord!
Vernichtung, Schutt und Splitter!
Der Irren von Blut und Leid
In einer lügenreichen Zeit,
Als selbst ein Gott nicht wußte,
Wer Hilfe haben mußte.

Das Maß war voll. Ein Funke sprang
Aus Kiel in alle Lande.
Die alte Herrlichkeit versank,
Bedeckt mit Schmach und Schande.
Des Nebelmonats neunter Tag
Zerschlag mit Blitz und Donnerschlag
Die Majestät der Krone
Und der umschrankten Throne.

Der Volkszorn trieb die Mottenbrut
Wie Spreu in alle Winde,
Damit sie aus des Volkes Blut
Nicht hohlen Kriegsruhm schinde.
Doch wieder wird das Volk beschwärzt
Und zur Vergeltung aufgehetzt,
Da gilt es, sich zu scharen
Zur Abwehr der Gefahren.

Revolution! Nie steht sie still,
Sie wirkt und schäumt und brandet.
Sie ist die Kraft, die immer will
Und nie im Volk versandet.
Wohlan, wir stehen kampfbereit
Zu neuem Sturm, zu neuem Streit
Und was wir nicht erringen,
Wird Jugendkraft erzwingen!

V. K.

Bie ein Großindustrieller Untwahres behauptet

Neben anderen deutschen Unternehmern hat der bekannte Großindustrielle Fritz Thyssen vor einer Versammlung amerikanischer Wirtschaftsführer über die deutsche Wirtschaft geprahlt. Es ist für die Unternehmer vom Schlag eines Fritz Thyssen charakteristisch, daß er zwei Drittel seines Vortrages dazu verwendet, um den amerikanischen Unternehmern vor Augen zu führen, wie furchtbar die deutsche Wirtschaft unter dem Einfluß der Gewerkschaften gelitten habe. Neben dem Versailler Friedensdiktat sei der Einfluß der Gewerkschaften auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eines jener Weisensmertmale gewesen, die die Wirtschaft beeinflußt hätten. Für die Gewerkschaften sei die demokratische Republik nur das Mittel, um als Endziel den sozialistischen Staat zu erreichen. „Das Ideal der politischen Demokratie“, so erklärte Thyssen, „ergänzen sie (die Gewerkschaften) durch das Ideal der Wirtschaftsdemokratie als der Vorstufe zum Sozialismus. Die Staatsmacht soll den breiten Massen den Weg frei machen zur Wirtschaftsmacht. . . Die Staatsmacht wurde zu einem großen Teil in Deutschland legaler Mittel des proletarischen Klasseninteresses. Die Steuerlast stieg, die Sozialabgaben wurden größer, die mißhandelte private Wirtschaft geriet immer mehr ins Gedränge, zurum, die Entwicklung trieb dahin, wo wir heute stehen. Das sind die Auswirkungen der in der demokratischen Republik aufgegangenen und legalisierten sozialistischen Revolution von 1918.“ Thyssen sprach dann von der Wirkung der Reparationszahlungen, um dann weiter auszuführen: „Neben den Reparationen lasten am meisten die Folgen der sozialistischen Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften auf der deutschen Wirtschaft.“ Dann malte Thyssen ein Schreckensbild von der Wirkung der hohen Steuern auf die Unternehmungen an die Wand. Den amerikanischen Unternehmern wird es eiskalt im Rücken heruntergelaufen sein, als er so grau in grau malte und dann ausrief: „Das sind die letzten, die legalisierten Auswirkungen der sozialen Revolution in Deutschland!“ Doch haben die Gewerkschaften nicht nur diese Schandtaten auf dem Gewissen, sondern sie sind auch die Alleinschuldigen an der überstürzten Rationalisierung in Deutschland. Die Gewerkschaften hätten die Industrie durch Arbeitszeitverkürzungen und Lohnhöhungen zur Rationalisierung gezwungen u. u.

Die Unternehmer in den großkapitalistischen Ländern ähneln sich in ihren Allüren. Aber kein Unternehmer anderer Länder würde es fertig bringen, derart heuchlerisch die Schuld auf andere zu schieben. Thyssen hat wohlweislich die bodenlose Münzwirtschaft der deutschen Unternehmer verschwiegen. Nichts davon erwähnt, wie die Kollegen von Thyssen das Vertrauen in die deutsche Wirtschaftsführung in schändlicher Weise verwirtschaftet haben. Wir holen das in folgendem ein klein wenig nach:

In der deutschen Wirtschaft häuft sich Standal auf Standal. Die Staatsanwaltschaft hat sich zu keiner Zeit in einem so erheblichen Umfang mit Großunternehmungen zu befassen gehabt als gegenwärtig. Das deutsche Kapitalistenpublikum hat bestimmten Großunternehmungen keine Gelder zur Verfügung gestellt, um eines Tages zu erleben, daß das Vertrauen, welches man sogenannten Wirtschaftsführern schenkte, schändlich missbraucht wurde. Man bedenke, welche Fälle sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ereigneten: Der Standal der Frankfurter Versicherungsgesellschaft wird gerade jetzt vor deutschen Gerichten aufgerollt; der Konkursverwalter des Nordwolle-Konzerns weiß gar nicht, wie er sich durch diesen Wust betrügerischer Manipulation hindurchfinden soll; der Fall der Anatank ist noch in frischer Erinnerung. Wir nennen weiter folgende Fälle: Zementkonzern Witting, Karstadt, die Weberei Hannover-Linden, die Linoleum-Werke u. u. Als letztes Glied in dieser Kette erscheint die Schultheiß-Pachtenhoff-Gesellschaft. Dieses Unternehmen galt bis vor kurzem als das beste der Welt. Mit einem Male wurde offenbar, daß betrügerische Generaldirektoren und Bankleute dieses Unternehmen um nicht weniger als 40 Millionen Mark geschädigt hatten. Eine solche Kette von standalösen Vorgängen hat die privatkapitalistische Wirtschaft in Deutschland noch nicht zu erleben gehabt. Daraus kann man ersehen, daß es mehr als faul in den Führerschichten der Privatwirtschaft aussteht. Wir wollen uns weniger mit den einzelnen Fällen an sich beschäftigen, sondern in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß diese Zusammenbrüche eine Entwicklungsperiode beenden, die in der Inflation durch die Konzernbildung eingeleitet wurde.

Als der große Inflationskönig Hugo Stinnes sein Warenhaus für Sachwerte zusammengezahlt hatte, ließ dieser Ruhm andere spekulativen Perjönlichkeiten nicht schlafen. Sie begannen ihrerseits Konzerne aus vorhandenem Material zusammenzufügen. Der alte solide Unternehmer, der unter sparsamster Wirtschaftsführung sich von kleinen Anfängen hinaufgearbeitet hatte, galt als höchst unmodern und überholt. Der Handel von Aktienpaketten wurde der Unternehmertypus der neuen Zeit. Und so begann man in allen Industriezweigen teilweise mit Hilfe von geborgtem in- und ausländischen Kapital Großunternehmungen zu schaffen. Bei Karstadt begnügte man sich nicht mit der Errichtung großer Warenhausgebäude und den Zügen mit ähnlichen Unternehmungen, es mußten auch Produktionsgesellschaften u. u. errichtet werden. Die alte solide Bierbrauerei Schultheiß mußte mit Löffel, Glas- und Zementfabriken zu einem vertikalen Konzern verbunden werden. Es waren überall Personen am Werke, die die anonyme Aktien-

gesellschaft als einen Vorhang benutzt, hinter dem sie ihre spekulativen Geschäfte machen konnten. Nur auf eine solche Weise konnte sich ein Herr Käthenellenbogen zum Generaldirektor der Schultheiß-Brauerei aufschwingen.

Die schlimmste Rolle bei allem haben die Aufsichtsräte gespielt. Meistens waren es Vertreter der Großbanken. Ob man nun Gesellschaften wie die Favar, Nordwolle, Witting, Schultheiß oder andere nimmt, die Herren Großbankvertreter haben die Dinge ruhig laufen lassen. Diese Bankherren verwalteten große Vermögensteile der Nation. Sie haben die ihnen anvertrauten Gelder nicht nur nicht ordentlich verwaltet, sie haben sie jenen verbrecherischen Elementen obendrein noch zu Spekulationszwecken zur Verfügung gestellt. Im Falle Schultheiß waren zwei Großbankvertreter, Goldschmidt von der Danatbank und Reinhardt von der Commerzbank, sogar von der Spekulationswirtschaft genau informiert. Trotzdem haben sie nichts getan, um die Aktionäre oder die Öffentlichkeit aufzulären. Deshalb müssen derartige Personen durch den Druck der Öffentlichkeit von ihren Posten entfernt werden. Geht es so weiter, so wird das letzte bisschen Vertrauen in die deutsche Wirtschaftsführung bald vollständig verloren sein. Kein Ausländer ist mehr bereit, Gelder nach Deutschland zu leiten, weil er ja nicht weiß, was damit geschehen wird. Aber alle die aufgezählten Fälle beweisen, wie recht die Gewerkschaften hatten, als sie die gesetzliche Kontrolle der Aktiengesellschaften und der Banken forderten. Und da stellt sich ein Mensch wie Fritz Thyssen in New York hin und erzählt fremden Personen, daß die deutsche Wirtschaft durch die Gewerkschaften zugrunde gerichtet sei. Die deutsche Wirtschaft ist teilweise in Händen von Schiebern und Verbrechern. Nur ein eiserner Besen vermögt diesen Augiasstaal auszumisten.

Arbeitslosenunterstützung durch Sachleistungen

In Nr. 43 des „Steinarbeiter“ teilen wir in Kürze die durch die Notverordnung vom 6. 10. 1931 eingetreteten wichtigsten Änderungen zum Arbeitslosenversicherungsgesetz mit. Dabei nahmen wir u. a. auch Bezug auf die durch diese Verordnung erfolgte Ermächtigung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenunterstützung bis zu einem Drittel durch Sachleistungen abzugelten. Die Bewertung der Sachleistungen soll lediglich dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes ohne Einpruchsrecht der Unterstützungsbezieher obliegen. Die ablehnende Haltung der Arbeitshilfe und deren Vertretung gegen dieses Problem ist hingegen bekannt, so daß es einer weiteren Begründung nicht bedarf. Eine Justierung könnte nur dann Platz greifen, wenn die Verabsiedlung von Sachleistungen als zusätzlich zur Arbeitslosenunterstützung gewährt wird.

In welcher Weise diese Frage nun behandelt werden soll, darüber gibt ein in Nr. 29 des Reichsarbeitsblattes veröffentlichtes Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die obersten Sozialbehörden und an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung Ausschluß. Im ersten Teil des genannten Rundschreibens wird angegeben, daß die Abgeltung eines Teiles der Arbeitslosenunterstützung durch Sachleistungen einen starken Eingriff in die Lebensführung und Selbstverantwortung der Unterstützungsempfänger bedeutet. Des weiteren wird dort angeführt, daß alle zur Behandlung der Frage herangezogenen Spartenverbände der Industrie und des Handels loyale Mitwirkung zugesichert haben.

In welchem Ausmaß eine Preissenkung möglich ist, wird z. B. aus den Erklärungen der Vertreter obengenannter Körperschaften ersichtlich. So haben sich Vertreter einzelner westdeutscher Kohlenhöfen bereit erklärt, für bestimmte Sorten Kohle eine Senkung des Preises um 30 Prozent eintreten zu lassen. Die Vertreter Oberschlesiens derselben Industrie stellen für ihr Gebiet ebenfalls für bestimmte Sorten Kohle deren Verbilligung um 50 Prozent in Aussicht. Aber auch die Bäckermeister Berlins haben großzügig eine Senkung des Brotpreises für ein 2½-Pfund-Brot um 4 Pf. in Aussicht genommen. Für Kartoffeln versprach man eine Verbilligung von 90 Pf. pro Zentner. Im übrigen geht aus dem Rundschreiben hervor, daß die Sachleistungen auf Brot, Kartoffeln und Brennstoffe beschränkt bleiben. Lediglich für allein stehende Arbeitslose soll in eigens zu diesem Zweck errichteten Küchen Essen verabschiedet werden. Die Verwaltung und Durchführung dieser neuen Einrichtung ist den staatlichen Kommunalfürsorgestellen übertragen, mit denen die Arbeitsämter in engster Füllung zu bleiben haben. Um eine reibungslose Ausgabe der Sachleistungen zu ermöglichen, sind nichtübertragbare Bezugsscheine auszugeben, die nur für eine bestimmte Zeit Geltung haben. Überdaran wird von der Einrichtung eigener Ausgabestellen, ähnlich wie die während des Krieges eingerichtet waren. Daraus ergibt sich, daß die Verteilung lediglich dem privaten Handel und den Konsumgenossenschaften übertragen wird.

Im allgemeinen sieht diese für alle Kreise so wichtige Frage noch recht düster aus. Soweit bis jetzt bekannt wurde, sind besonders Kreise der Landwirtschaft am Werke, um ihre Produkte preiswert an den Mann zu bringen. Auch in Sachsen meldete vor kurzer Zeit die Tagespresse, daß sich die Vertreter der Landwirtschaft bereit erklärt haben, zum Kleinhandelspreise plus 10 Prozent Lebensmittel zu diesem Zweck zu liefern. Daraus ist mit Deutlichkeit zu ersehen, welche Beweggründe bei Behandlung dieser

Sache auf Seiten der Produzenten vorhanden sind. Der Arbeiterschaft erwächst die Pflicht, ein wachses Auge auf diese geplante Neuinführung zu richten, damit nicht zu den durch die verschiedenen Notverordnungen verschlechterten Unterstützungs einrichtungen noch neue Verschlechterungen hinzukommen. ll.

Arzt und Erbe

Kann sich noch jemand eine gewerkschaftliche oder politische Versammlung vorstellen, in der der Gegner von links anwesend sind und das Wort vom Arzt und Erben nicht fällt? Meistens wird es sehr verstümmt vorgebracht. Ungefähr so, als habe Fritz Tarrnow damit auf dem Leipziger Parteitag der SPD sagen wollen, daß wir alle Kräfte aufbieten müssen, um den tranten Kapitalismus zu heilen. Wer das Referat liest, wird freilich niemals auf den Gedanken kommen, aber wer böser Willens ein Argument gegen die Politik der Gewerkschaften sucht, hat es leicht, einem ungehüllten Publikum begreiflich zu machen, daß, wer den Sozialismus will, dessen feindlichen Borgänger, den Kapitalismus, nicht heilen darf. Es sollen hier keine Wortflaubereien betrieben, sondern nur einige Tatsachen angeführt werden, die für sich selber sprechen.

Es ist auch den kommunistischen Anhängern eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Lohnabbau kaustraumindernd und daher krisenfördernd wirkt. Der Kapitalismus erweist sich selbst durch die dauernd von ihm geforderten Einkommenskürzungen den schlechtesten Dienst. Gelingt es ihm, die Kaustrafe so tief herunterzudrücken, daß die darauffolgenden Einschränkungen der Produktion die Arbeitslosenanzahl um weitere Millionen anschwellen lassen, dann muß mit tödlicher Sicherheit einmal der Punkt erreichen, daß die wenigen, die noch Arbeit haben, nicht mehr in der Lage sind, für die vielen, die keine Arbeit mehr haben, die Unterstützungselder aufzubringen. Dieser Augenblick bedeutet die Revolution! Wer nun glaubt, in deren Verlauf dem Kapitalismus den Todesstoß versetzen zu können, der muß ihr konsequent zusteuern, das heißt, er muß jeden Lohnabbau begrüßen. Wer das nicht tut, sondern sich ihm gar noch entgegenstellt, der hilft mit, die Konjunktur vor weiteren Verküchenungen zu bewahren. Kurz, wer das tut, treibt die Politik des Arztes am Kapitalismus. Da unsere Kommunisten erfahrungsgemäß sehr laut gegen jeden Lohnraub protestieren, trifft diese Charakterisierung auch ihre Politik.

Jeder Einlichtige weiß, daß eine gute Sozialpolitik zwei Aufgaben zu erfüllen hat. Einmal lindert sie die Not der verarmten Massen, und zum anderen werden dadurch Verzweiflungsausbrüche gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung verhindert. Man legt sich nur einmal die Frage vor, was heute geschehen würde, wenn die Millionen Arbeitslosen keine Unterstützung erhalten würden. Da der deutsche Arbeiter nicht gewillt ist, widersprüchlich zu verhungern, wäre auch nur der Versuch, diesen Zustand herbeizuführen, gleichbedeutend mit der revolutionären Erhebung. Aber nun gibt es in der ganzen deutschen Arbeiterschaft keinen Menschen, der der Ansicht wäre, die Arbeitslosenunterstützung sei ein Lebel. Ganz im Gegenteil herrscht vollste Einmütigkeit darüber, daß sie zu niedrig ist! Und das wiederum betonen die Gruppen am laustesten, die es mit Enttäuschung von sich weisen, den Zusammenbruch abzuwenden oder hinauszögern, also Arzt zu spielen.

Die Zahl derartiger Beispiele ließe sich noch beliebig vermehren. Wer die hohen Monopolpreise bekämpft und die preispolitische Wirkung von Zöllen für wirtschaftsschädlich hält, der erstrebt das Gegenleben davon, also den sinkenden Warenpreis, um auf diese Weise die Kaufkraft zu stärken und die Konjunktur in Gang zu bringen. Wer die Auswüchse im Tempo der Rationalisierung verdammt, weil sie die Erwerbslosigkeit steigern, der will im Grunde nichts anderes als einen ohne möglichst viel Störungen abrollenden Wirtschaftsablauf. Wer für eine gefundene Aufteilung des Volkseinkommens in Massenlaufkraft und Kapitalbildung kämpft, strebt im Grunde demselben Ziele zu.

Und bei all diesen Fragen finden wir gerade unsere Kommunisten als die lautesten Räuber im Streite, was ihnen dadurch erleichtert wird, daß sie ja nur protestieren und das Durchsetzen der Forderungen getrost den anderen überlassen. Aber ginge es nach ihnen, würden sie ihre Forderungen nicht nur stellen, sondern auch in der Lage sein, sie durchzusetzen, dann gäbe es nie eine sojiale Revolution. Wer den Zusammenbruch der Wirtschaft will, der muß das Massenelend wollen, der muß konsequenter Anhänger der Verelendungstheorie sein. Aber nichts von dem ist bei unseren Kritikern von links zu finden. Der Grund dafür ist, daß man die vorzeitige Entscheidung zwischen Kapital und Arbeit nicht will. Man weiß auch dort, daß es bei einer derartigen Katastrophe einzig und allein auf die proletarischen Klassenkräfte ankommt und daß, wie die Dinge heute liegen, niemand sagen kann, ob der Arbeiter oder als Erbe oder als Vererber aus diesem Kampfe hervorgehen würde. Das zu erkennen ist die Hauptsache und nicht die rednerische Heldenpose.

Wer dauernd erklärt, nur eine Politik betreiben zu wollen, die den Wirtschaftszusammenbruch befördert, und auf der anderen Seite das gerade Gegenteil davon tut, wie es bei unseren Kommunisten der Fall ist, der läuft Gefahr, auf die Dauer nicht ernst genommen zu werden.

Beton

Max Döring

In der Tiefe des Berges träumt der Stein, Er möchte wieder Sterngas sein.

Als junger Stern mit Kometen fliegen. Den Raum und das Starre brauend besiegen.

Träume, träume, du blauer Stein: Einst wirst du wieder Freiheit sein.

Und schon kommt der Mensch, mit Weizel und Schlägel: Er singt und singt, der slobige Schlägel!

Dies ist die Stunde der Wiedergeburt. Der Kalkstein wird frei — und Glück zur Geburt!

Geröstet, getrommelt, der blaue Stein: Bald wird er Ware, Zement wird er sein.

Mit Kies und mit Wasser, ein breiig Gemisch: Beton, die Maurer, zu Werk, frisch-frisch!

Nach einigen Monden stand schon der Turm. Der Stein ward Freiheit, umsungen vom Sturm!

Ich geliebt, als er noch jung war, mein Vater — er hat damals Bebel gelesen. — Franz, bist du beim freien Verband, bei den Steinarbeitern? — Mein Vater ist doch Kirchendiener, Küster. Aber er hat Bebel gelesen. Franz, komme mich besuchen, du kennst mich wohl? — Ja, Sie sind der von der Turmgasse. — Adjes.

Und dann kam er zu mir, der Franz, der junge Steinmeß. — Ich gab ihm Heine und Lassalle. — Adjes, komme mal wieder.

Das nächste Mal gab ich ihm Bebel und Marx: in volkstümlicher Darstellung. — O, Heine, sagte er, das ist wie Sturmbräusen. Und Lassalle, gerabeso, als wenn ich Stein schlage — und mir Feuer entgegenspringt.

Ein Jahr ist über all das hingegangen. Wir sind enge Freunde geworden: der Franz und ich! Er hat von mir den „Steinarbeiter“ bekommen, und längst ist er im Verband drin. Meine Bibliothek ist seine geworden. Er liest viel. Wir sind ganz eng Vertraute. Ostern hat er ausgelernt. Dann will er nach Italien. Franz, sage ich: Italien, da ist doch Mussolini. Zu dem Mussolini will ich nicht. Ich suche die klassische Baukunst. Franz, was ist klassisch? Alt-Rom in Stein. Gut, mein Junge. Deine Worte sind kein leeres Geschwätz. Nimm dies Buch mit: Thorwaldsen, der dänische Bildhauer — mit schönen Photographien. Gute Nacht.

Und heute denke ich nun mal über Franz nach, über den Lehrling am Stein. Meine Fragen beantworte ich mit den Gedankengängen meines jungen Freundes.

Wie kam er als Sohn des Domküsters zum Stein? Von Jugend auf erlebte er den Stein. In allen Farben. Rot. Grün. Weiß. Silber. Grau. Sandstein. Diabas. Marmor. Kalkstein. Granit. Stein — der Dom! Und die Bildwerke. Das Schleifenband aus der frühen Romantik, um die Kapitale des Portals vom „Heidentempel“, dem ältesten Teile des Domes. Dann die Tiergestalten der Gotik, im Traume ist Franz, der Freund, auf diesen Steinfiguren durch alle Welt geritten — und über die brausende See, Löwenritt und Delfinenzritt. Der Stein gab der Knaben jede seine Offenbarung — der Stein deutete eine Welt, im Stein war Leben, das fühlte der Küstersonn vom Dom.

Und am alten Friedhof all die Grabmonumente. Gotik, Renaissance, Barock und die Schnörkeleien des Rokoko. Alles Gefühlswelten in Stein — der Knabe ward schweigsam, wie der Stein selbst ward er. Vater ist Küster. Vater dient der Kirche, aber der Stein des Doms dient dem Knaben — der Stein formt die Seele des Kindes. Das Kind sucht. Was? Gestalt sucht es. Es will sich formen.

Vater fragt: Junge, was willst du werden? Steinmeß. Gut. Ich spreche mit Meister Frohmüller. Angenommen. Du kommst in die Lehre. Der Stein hatte sein Kind. Franz, schwinge du den Schlägel.

Meister Frohmüller wohnt nahe am Friedhof. Er hat nur einen Lehrbuben. Eben den Franz. Wir arbeiten in Marmor, Granit und Grünstein. Fast immer die gleichen Monamente — Kreuze, Tafeln, drei Engel, ne Urne, ne gesenkte Fackel. Aber aus dem Stein selbst brennt Leben — der Funke im Stein: die große Verwandlung zu dem Herzen des Steinmeßlehrlings Franz. Der Funke des Steins sagt: Forme mich! Und der Funke im Herzen des Knaben sagt: Stein, lehre mich! So kam der Jüngling Franz suchend zu den Philosophen. Was sein Gefühl verstand — das wollte auch seine Vernunft verstehen: Die Zusammenhänge allen Seins, das Gleichen der Bildnisse, die Flamme der Solidarität hindurch alle Schönung! So suchend — fand ich Franz. Sein Buch: „Die philosophischen Systeme!“

Der junge Mensch hatte sich beruflich richtig gefunden — aus dem Stein Form und Leben gestalten! Zwischen Domsteinen aufgewachsen — war er der Berufste für die Arbeit am Stein. Gut. Schön. Franz gedeiht.

Wenn alles Tiefere Solidarität ist — dann muß auch Solidarität zwischen Alter und Jugend sein. Alter heißt Erfahrung und einiges Wissen — diese Erfahrung und dieses Wissen verpflichtet! Ich hatte die Pflicht, die Seele dieses jungen Menschen zu gestalten, zu formen — und ich tat es, so: wie ältere Menschen es mit mir getan hatten. Durch Bücher und Worte führte ich Franz in die sozialistische Lebensform. Er am Stein. Ich an der Seele. Wir formten beide. Franz ward ein glühender, überzeugter Sozialist. Im freien Steinarbeiterverband und in der Jugendgruppe der Partei. Franz, der Steinmeßlehrling!

Was hatte Franz gefragt? Ostern will er nach Italien. Alt-Roms Steinfront will er sehen. Er will lernen. Schon fühle ich — von Rom führt die Brücke nach Griechenland — Ägypten folgt und Indien — Pyramiden und Pagoden.

Ich weiß nicht, wie weit Franz geidehen wird. Über dem Feuer in seiner Hütte habe ich Form und Gestalt gegeben: Die Welt des Sozialismus brennt aus Franz! Vielleicht verbrüllt er die Antite mit der Neuzeit? Ich hoffe viel. Etwas wird! dm.

Der Lehrling

Vor gut einem Jahre habe ich ihn kennengelernt. Wen denn? Den Franz. Abends habe ich ihn das erstmals gejehren. Draußen. Im Freien. Am Goldfischteich saß er — mit einem Buch in der Hand — er schaute mir nach, er mußte mich kennen: ich fühlte seinen Blick auf meinem Rücken. Breden — ich drehe mich um — ich gehe zurück, ich schaue in zwei sanfte braune Augen — las sie, Junge, was du da siehst — sage ich — — Gi, Gewitter, Kerlchen, versteht du denn das? Nicht alles, sagt er — aber ich fühle in diesem Buch eine Weite, als ob mir Fenster geöffnet wären — Der Titel des Buches war: „Philosophische Systeme!“

Ja, am Goldfischteich war's — sanft plätscherte und sang die Gönne, in den Platanen über uns rauchte der Bär. Junge, sagte ich zu dem Philosophenleser — du bist Steinmeß! Woher wissen Sie das? An deinen Händen sehe ich's. Ja — ich will Steinmeß werden — ich lerne noch. Ich habe noch ein Jahr nach. — Was hast du sonst schon gelesen? Kant, Schopenhauer, Nietzsche. Hast du das verstanden? Von Kant wenig. Schopenhauer, ja. Nietzsche ist bunt. — Wie heißt du, kleiner Philosoph? — Franz. Heißt dich ich, ich werde siebzehn, mein Vater ist Domküster. — Franz, war

Vereinbarung

Leipzig, Rotterdam, den 23. Oktober 1931.

zwischen dem „Allgemeinen Niederländischen Bond van Arbeiders werkzaam bij Straten-en Wegenbouw“ und dem „Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands“ ist heute nachstehende Vereinbarung getroffen worden:

1. der zwischen den beiden Verbänden am 23. Juli 1930 abgeschlossene Gegenseitigkeitsvertrag erfährt infolfern eine Abänderung, als die Artikel 9, 10, 11 und 12 dieses Vertrages (Unterstützung beiderseitiger Mitglieder im Falle der Erwerbslosigkeit) gestrichen werden.

2. Diese Vereinbarung ist im „Straathouw“ und im „Steinarbeiter“ zu veröffentlichen.

Für den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands:

Ernst Windler.

Für den Allgemeinen Niederländischen Bond van Arbeiders werkzaam bij Straten-en Wegenbouw:

P. Schoonderwoerd.

Fällt nicht auf Schwindel-Anzeigen herein!

Eine ernste Mahnung — namentlich an die erwerbslosen Kollegen. Augen auf — Taschen zu!

„Die Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes stürzen sich auf die Opfer des Kampfes.“ So schreibt mit Recht Arbeitsgerichtsdirektor Dr. Kaufmann-Hamburg in einem ausschlagreichen Aufsatz in Nr. 27 des Reichs-Arbeitsblattes über „Verluste durch Schwindelfirmen.“ Die Darlegungen sind derart wesentlich zur Unterrichtung unserer Leser zur Warnung vor drohenden Gefahren, daß wir nachstehend kurz darauf eingehen.

In erster Linie ist der berüchtigte Nebenerwerbschwindel zu erwähnen. Tausende und aber Tausende durchsuchen leider täglich den Interatertat der Zeitungen, um irgendwelche Verdienstmöglichkeiten zu finden. Immer wieder scheint hier oder da eine Hoffnung zu wanken. Man wendet Zeit und Porto daran, und immer wieder gelingt es geschickten Ausbeutern, durch geheimnisvolle Anzeigungen und unklare Redewendungen so viel Interesse zu erwecken, daß der Vorhuk von 1 bis 3 Mark oder noch höhere Beiträge, ja Summen von 25 bis 30 Mark für die Beschaffung des „Materials“ ausgegeben werden, durch welches man eine „glänzende Existenz“, „sicheres Einkommen durch vornehme Beschäftigung“ usw. usw. zu erlangen hofft. Beihältnismäßig harmlos sind noch diejenigen, die sich mit kleinen Gewinnen begnügen. So gab es einen fleißigen Interessenten, dem man allerdings schon vor einer Reihe von Jahren das Handwerk legte, der gegen Einsendung von nur 1,50 Mark ein sicheres Rezept für „bequemen, auskömmligen Nebenverdienst“ versprach. Wer die 1,50 Mark einsandte, erhielt als Antwort nur ein kleines Briefblatt, auf dem kurz und knapp die fünf Worte standen: „Machen Sie es, wie ich.“ Dieser Witzbold war übrigens einer der ganz wenigen oder vielleicht der einzige, der einen wirklich erfolgversprechenden Rat gab, allerdings nur für solche, die ebenso niederrädrig handeln wollten, wie er selbst. Die anderen erhielten aber wenigstens eine heilsame Lehre, die sie vielleicht vor schlimmeren Hineinfallen bewahrt hat. Tärtiger ist das Los derer, die unter Aufwand ihrer letzten Spargroschen für das Betriebskapital versuchen, Gegenstände zu vertrieben. Hört immer haben solche Schwindler selbst ein gutes, oft ein geradezu glänzendes Einkommen. Welche Summen dem Vollstörper — gerade an seinen schwächsten Stellen — durch Schwindler dieser Art entzogen werden, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß einer ihrer typischen Vertreter, Hubert Lergen aus Mannheim, in 4 Jahren über 1/2 Million Mark von armen Erwerbslosen eingenommen hat, was ihm einen jährlichen Reinertrag von über 40000 Mark einbrachte. Es ist wahrliech eine geringe Sühne, daß das Landgericht Mannheim in einem am 25. September 1930 vom Reichsgericht bestätigten Urteil diesen Verbrecher mit 1 Jahr 6 Monat Gefängnis und einer Geldstrafe von 20000 Mark belegt hat. Solche Lergens laufen in Deutschland zu vielen Hunderten umher, und wenn sie auch nicht alle in gleichem Maße erfolgreich sind, so ist doch die Steuer, die unsere deutschen Erwerbslosen allein diesen Nebenerwerbschwindlern abgeben, ein Beitrag, der erheblich in die Millionen hineingeht.

Jede Zeitung, die die Interesse solcher Schwindler aufnimmt, trägt mit an der Verantwortung für die schweren Verluste, die gerade unsere notleidenden Volksgenossen jahraus, jahrein erleiden und die natürlich indirekt die Fürsorgeeinst der Gemeinden belasten.

In nächster Nachbarschaft des Nebenerwerbschwindels stehen die Raubtäterschwindler. Hier kann die Abhilfe nur durch

großzügige Aufklärungsarbeit erfolgen, wie sie z. B. die gemeinnützigen Rechtsaustauschstellen betreiben. Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Wer würde z. B. daran denken, daß eine so nützliche Industrie wie die der Strahlmaschinen seit Jahren systematisch von Schwindlern ausgenutzt wird? Man verkauft vielfach zu überhohen Preisen — an arme Frauen solche Maschinen mit dem Versprechen, ihnen die Früchte ihrer fleißigen Arbeit rechtslos abzukaufen. Das Vertrauen dieser unglücklichen Menschen wird aber schwer getäuscht. Denn die in zahllosen durchwachten Taschen hergestellte Ware hat fast immer irgendwelche angebliche kleinen Fehler, dererwegen sie überhaupt nicht abgenommen wird oder wofür lächerliche Unterpreise bezahlt werden.

Auch der Preisträtschwindel ist nicht so harmlos, wie manche glauben. Der Mann, der fortwährend Preisträtsel löst, ist nicht nur eine Witzblattfigur. Er bildet eine traurige Erscheinung im Heer unserer Erwerbslosen, die immer wieder verloren werden, derartigen Dingen nachzujagen und anstatt „Preise zu gewinnen“, noch Geldopfer bringen müssen.

Bei dem Darlehnschwindel endlich fallen Geldsuchende, anstatt sich mit soliden Rägen in Verbindung setzen zu können, nichts würdigen in die Hände, die nicht nur abnorm hohe Zinssätze verlangen, sondern die von vornherein gar nicht die Absicht haben, Darlehen zu geben, und nur Provisionen, Abstandsgelder, Unkostenbeiträge u. dgl. schlucken wollen.

Wir leben in einer Notzeit. Und wie in der anderen großen Notzeit der Geschichte der „Schwarze Tod“ seine Opfer forderte, so geht in dieser Wirtschaftskrise die Wirtschaftspolitik der Schwindelfirmen durch das Land. — Die Verluste, die durch Schwindelfirmen entstehen, sind — so schreibt Dr. Kaufmann — so groß, daß ihre rationelle Bekämpfung eine der besten Sparmaßnahmen ist, die getroffen werden können.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Folgende Zahlstellen haben die Abrechnung des 3. Quartals 1931 bis zum 2. November 1931 noch nicht eingefügt:

1. Gau: Bahn, Deutsch-Enlau, Friedeberg, Heiligenbeil, Judenbach, Labes, Marienburg, Pritzwalt, Schivelbein, Tilsit, Wangerin.
2. Gau: Arnstadt, Biadaczow, Dibrilug, Königswalde, Mauer, Oppeln, Crossen.
3. Gau: Auerbach, Döbeln, Pulsnitz, Sebnitz, Sprotz.
4. Gau: Derenburg, Dörrna, Flechtingen, Hörsingen, Kindelbrück, Mellenbach, Schladen, Schöningen.
5. Gau: Bredenscheid, Buer, Coblenz, Dümmlinghausen, Hamm, Hattingen, Gummersbach, Osberghausen, Thomasberg, Waldbrohl, Wanne, Welsel, Wiehl.
6. Gau: Albersweiler, Asbach, Dierbach, Eberbach, Hornberg, Lörach, Lützenbach, Pfeffelbach, Reutlingen, Stuttgart, Tiefenstein, Saarbrücken, Sädingen, Herschweiler, Weitersfeld, Zinshain, Oberkleen.
7. Gau: Aibling, Aunkirchen, Brand, Selbitz, Steinwiesen, Viechtach.
8. Gau: Bischofshausen, Dietenhan, Faulbach, Kembach, Maroldsweisach, Reitzenhausen.
9. Gau: Baumholder, Beilstein, Berzhahn, Birlenbach, Bach, Buchenau, Driedorf, Fehlitzhausen, Flöneheim, Friedberg, Geilnau, Kirn, Nieder-Ramstadt, Ober-Widdersheim, Rodenbach, Steinau/Schlüchtern, Tiefenbach, Weitersfeld, Zinshain, Oberkleen.
10. Gau: Bantorf, Braulage, Eiterhagen, Groß-Roppershauzen, Hämelschenburg, Hofgeismar, Homberg/Kassel, Osterode, Osheim, Wernwitz, Negenborn.
11. Gau: Engter, Eutin, Heide, Ibbenbüren, Ickehoe, Kirchweyhe, Münster/Westf., Oldenburg/Holstein, Schleswig, Stade, Uelzen, Begegat, Wersen-Westerkappel, Westerstede.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Veranstaltungen:

Sonntagabend, 7. November.

In Charlottenburg um 19.30 Uhr bei Röhrtig, Schloßstr. 45.

Sonntag, 8. November:

In Schlawe um 18.30 Uhr im Gasthof Lücks.

Sonntag, 15. November.

In Hirschberg (Schles.) um 14 Uhr in der alten Hoffnung (Steinzeiger-Zachgruppe, Stellung zum neuen Tarif, Abgabe der Wohlfahrtskarte).

*

Raumünzen. Die Firma Kiederle, Schwarzwälder Granitwerke, hat in ihrem heissen Werk ganz willkürliche Lohnsätze durch Anschlag verfügt, die eine bedeutende Lohnsenkung vorsehen, sie fordert die vor Wochen entlassenen Steinärbeiter auf, die Arbeit aufzunehmen. Es handelt sich um die Pfälzersteingruppe. Ein Tarif ist nicht vereinbart worden. Der Betrieb ist in folge dessen zu meiden!

Steinach und Ochenbruck. In beiden Orten sind die Granitwerke bzw. Schleifereien unbedingt zu meiden wegen Lohnabzügen ohne Verständigung mit unseren Kollegen.

Schwarzenbach a. Saale. Die Firma Morgener & Schörner hier am Ort mutet den Steinärbeitern zu, 28 Prozent unter Tarif zu arbeiten. Die Firma ist deshalb streng zu meiden!

Verteilte Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt in Erfurt I (Steinarbeiter).

Hamburg. Achtung! Steinzeiger und Berufsgenossen im Bezirk Groß-Hamburg. Betr. Wohlfahrtseinrichtung! 1. Die Wohlfahrtbücher müssen vom 15. November bis einschließlich 5. Dezember 1931 beim Kollegen R. Müller, Hamburg 30, Hoheluft-Chaussee Nr. 129, Hs. 3, pfr., eingeliefert sein.

2. Das Wohlfahrtsgeld wird am 19. Dezember von 11 bis 17 Uhr, restlos ausgezahlt.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine spätere Einlieferung, wie angegeben, nicht berücksichtigt werden kann; daselbe gilt auch für die Auszahlung. Sobald die Termine abgelaufen sind, wird nichts mehr angenommen und nichts mehr ausgezahlt.

Unvollkommene Sühne

Im Steinbruch des Steinbruchbesitzers Hugo Claußnitzer in Raundorf (Amtshauptmannschaft Freiberg) ereignete sich am 12. Juni 1931 ein schwerer Betriebsunfall: Der mit der Herstellung von Bohrlöchern am Felsen beschäftigte Kollege Tieke wurde von fallendem Gestein tödlich getroffen. Tieke hinterließ Frau und drei unmündige Kinder.

Der Unternehmer Claußnitzer besitzt außer dem Steinbruch, in dem zeitweise 70 bis 80 Arbeiter beschäftigt wurden, noch eine Mühle und ein in ausgezeichnete Verfassung befindliches Bauerngut von 120 sächsischen Hektaren. Trotz alledem brachte er es fertig, vor Gericht sein Jahreseinkommen mit 1000 RM. (eintausend) anzugeben. Dabei hat er auch in dem wirtschaftlich so ungünstigen Jahre 1931 fast dauernd zirka 30 Steinärbeiter beschäftigt. Man kann zugeben, daß Steinbrucharbeiter und Landwirte gegenwärtig nicht auf Rosen gebettet sind, dennoch wird man feststellen können, daß Cl. die Haupteigenchaft der Großagrarien, immer aus vollem Halse zu schreien und zu klagen, vollendet besitzt. In seinen Betrieben ist Claußnitzer unumstrakter Herrscher. Auch im Steinbruchbetrieb geht alles nach seinem Kommando. Bruchmeister und Sprengmeister haben nichts zu sagen; der Betriebsrat erbt nicht recht nicht. Da die behördlichen Erörterungen des Unfalls Cl. stark belasteten, stand er vor kurzem vor den Schranken des gemeinsamen Schöpfergerichts Freiberg, das im Gauhof zum Gericht zu Raundorf tagte, um im benachbarten Steinbruch die nötigen Erforschungen vornehmen zu können.

Aus der Beweisaufnahme ging hervor, daß am 12. 4. 1931 durch den Amtsbruchmeister Dehme aus Pirna eine gewerbeaufsichtliche Kontrolle der Betriebe stattfand, wobei eine Reihe Mängel festgestellt wurden. Cl. als verantwortlicher Betriebsleiter ist einige Tage später vom Gewerbeaufsichtsamt schriftlich davon in Kenntnis gezeigt worden, wobei gleichzeitig die zur Beseitigung der vorgefundenen Gefahrenquellen erforderlichen Anweisungen gegeben wurden. Bevor diese Anweisungen nicht durchgeführt seien, durfe an der gefährdeten Stelle nicht mehr gearbeitet werden. Einige Wochen später wurde der Betrieb abermals vom Amtsbruchmeister in Gemeinschaft mit dem technischen Beamten Offermann von der Steinbruchsberufsgenossenschaft kontrolliert. Auch dabei wurden wieder erhebliche Beanstandungen und ernste Verwarnungen erforderlich. Claußnitzer selbst hatte es vorgezogen, bei beiden Revisionen zu „verbüßen“ und unsichtbar zu bleiben.

Nun bestritt Claußnitzer vor Gericht jede Schuld, da das Unglück auf ein unabwendbares Naturereignis zurückzuführen sei. Dabei wurde festgestellt, daß das Unglück an derselben Stelle erfolgte, deren weiterer Abbau vor Beseitigung der Gefahren durch das Gewerbeaufsichtsamt ausdrücklich verboten worden war. An die Beseitigung dieser Gefahrenquellen hat Cl. aber gar nicht gedacht und auch das behördliche Abbauberbot nicht beachtet. Alles, obwohl nochmals von den beiden Revisionsbeamten und auch vom Betriebsrat darauf auferkannt gemacht wurde. Der Betriebsratsvorsitzende Böhme lagte als Zeuge aus, daß er bereits im März die Beseitigung der gefährlichen „Rutsch“ von Cl. gefordert habe. Trotzdem bereits am Vorlage Erde und Steintrübe von der Felswand bröckelten, wurde Thieme am Unglückstage wiederum an der gefährdeten Stelle beschäftigt.

Die Beweisaufnahme, bei der zwei Sachverständige und fünf Zeugen gehört wurden, fiel für den Angeklagten sehr ungünstig aus. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt nur eine Geldstrafe von 500 RM. Das Gericht konnte sich bei dem 1000 Mark Jahreseinkommen des Steinbruch- und Mühlenbesitzers und Großbauern Claußnitzer nicht einmal dazu ausschwingen, sondern erkannte nur auf eine Geldstrafe von 100 RM.

Ein erschlagener Steinbrucharbeiter, Witwe und Waisen scheinen demnach bei dem Gericht nicht hoch im Kurs zu stehen. Dem Herrn Steinbruchbesitzer Claußnitzer wäre zu wünschen, daß ihm mindestens ein Jahr lang der Erschlagene samt Weib und Kindern jede Nacht im Traume erscheinen möge. Dies würde sicher mehr zu seiner Besserung beitragen, als die paar Mark Strafe.

*

Stadtproleten. Am 22. Oktober starb nach 3½-jährigem schwerem Magenleiden unser langjähriger Kassierer, Kollege Leopold Herberich. Wir haben in ihm nicht nur ein sehr rühriges und treues Mitglied verloren, sondern einen Kassierer, der einfach vordbildlich wirkte in allem seinem Tun und Lassen; peinlich in seiner Buchführung, pünktlich in allem, was damit zusammenhing. Nicht selten hat er für säumige Beitragszahler sogar aus seiner Tasche die Beiträge ausgelegt, um mit seiner Abrechnung an die Hauptkasse am Vierteljahrsschluß nicht der Letzte zu sein. Nun ist der treue Kollegen aus unserer Mitte geschieden für immer; seiner Rat und seine Erfahrung werden wir noch manchmal vermissen. Wenn er auch oft den lauen Kollegen, die es ja leider überall genug gibt, energisch zusehzt und sie an ihre gewerkschaftliche Arbeitserpflicht erinnerte, so hatte er dennoch keinen Feind; das brachte die Lauterkeit seines Wesens mit sich. Die Zahlstelle wird des Verstorbenen immer in Ehren gedenken, sie hat nur den sehnlichsten Wunsch, daß die Lauen und Flauen unter uns sich an Leopold Herberich ein Beispiel nehmen; damit wäre auch in seinem Sinne, ja, in seinem Gedanken und seinem Wirken nachträglich noch der idealste Lohn geleistet.

Essen. Am 25. Oktober: Quartalsversammlung bei Fischer. Vorsitzender van Treck eröffnet 10.30 Uhr die gut besuchte Versammlung. Anwesend waren 12 Steinmeister und 30 Pflesterer. Es erfolgte der Kassenbericht, der sehr zur Zufriedenheit der Versammlung ausfiel, da trotz der schlechten Zeit mit nur 0,09 Pfennig Minus gearbeitet wurde. Dem Kassierer, Walter Wintgen, wurde hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Mit der Zahlung der Invalidenbeiträge auf die Arbeitslosenbeiträge sind die Kollegen nicht einverstanden, da die Invalidenbeiträge nur auf die Zahlung der vollen Beiträge Geltung haben sollen. Einem Antrage des Kollegen Stoll, die Soche zur Klärstellung dem nächsten Verbandstag vorzulegen, wurde stattgegeben. Die Zahlung der Ortsgefechte an durchreisende Kollegen wurde aufgehoben. Da die Volksschule die Zuschüsse auf die Lehrlingsbeiträge nicht mehr ganz tragen kann, zahlen die Lehrlinge von jetzt ab 5 Pfennig mehr. Unser langjähriger Vorsitzende, Kollege Wiss. van Treck, ist aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurückgetreten und der Kollege Hermann Neßhöfer übernahm durch einstimmigen Zuruf aus der Versammlung den 1. Vorsitz. Eine politische Meinungsverschiedenheit (in sich von tiefer Bedeutung), ausgetragen zwischen den zwei ältesten Kollegen der Zahlstelle, brachte etwas Schwung und auch Heiterkeit in die Versammlung. Der Kassierer, Kollege Wintgen, ermahnte die Versammlung, ihre Lebens-, Sterbens- und Unfallversicherung nicht in kapitalistische Hände zu geben, sondern hierfür kommt nur allein die Volksfürsorge in Frage. Um 1 Uhr konnte dann der alte Vorsitzende, Kollege van Treck, die anregende Versammlung schließen. Generalversammlung am letzten Samstag im Januar 1932. (Nicht beide Seiten des Berichts beschreiten! Red.)

Die Silikosestaubgefahr in der Granitbearbeitung. Zwei britische Forscher, Thompson und Britten, haben umfangreiche Untersuchungen über die Staubgefahr, insbesondere über den Granit- und den Straßenstaub angestellt. Im Rahmen einer Statistik der Lungenerkrankungen wird festgestellt, daß die Zahl der Erkrankungen im Staubgewerbe zweit bis dreimal so hoch als in sonstigen Gewerben ist. Nach ihrer Ermittlung nimmt im Granitfach die Zahl der Erkrankungen mit dem Alter zu. Allgemeine ärztliche Untersuchungen, die an dortigen Arbeitern auf Silikose vorgenommen wurden, führten zur Beobachtung von zwei Arten der Lungenerkrankungen: die erste Form, eine deutlich ausgeprägte Silikose, tritt in einem Alter von rund 50 Jahren und 20jähriger Arbeitszeit plötzlich auf, nimmt einen raschen Verlauf und endet tödlich. Die zweite Form tritt bei jüngeren Arbeitern auf. Sie ähnelt der Krankheitsform, wie sie sich bei Personen findet, die keiner Staubarbeit ausgesetzt sind, und im Alter von 24 bis 38 Jahren sowie einer Arbeitstätigkeit von 3 bis 13 Jahren stehen. Sie beschränkt sich auf die Lungenspitzen und nimmt einen langsamem Verlauf.

Wovon leben die Arbeitslosen in Amerika? In den Vereinigten Staaten ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen auf sieben bis acht Millionen. Da es dort keine Arbeitslosenunterstützung gibt, ist man im Zweifel, wovon diese Menschen leben. Der amerikanische Korrespondent des "Berliner Tageblatt" berichtet in Nr. 478 darüber. Er beginnt seinen Bericht mit einem Ausspruch des Leiters der freien Arbeitsbörse, in New York: "Wie sie leben, ist Mysterium." Ganz richtig weist der Berichterstatter darauf hin, daß die beiden reichen Staaten der Welt, USA und Frankreich, sich von der Arbeitslosenfürsorge drücken. Sie wenden sich sogar gegen ihre Schuldnerstaaten, die diese schwere Burde zu tragen haben. Dann wird festgestellt, daß der Arbeitslose in Amerika auf Selbsthilfe oder Almosenempfang von unten her d. h. von Privaten angewiesen ist. Wörtlich heißt es u. a.: "Amerika ist das Land des Kreditgebens. Wenn die Reserven des Arbeiters aufgebraucht sind, so wird zunächst der Kredit beim Lebensmittelhersteller angespannt. Diese Geschäfte sind überhaupt ganz auf 'Aufschreiben' eingestellt. Sie hoffen mit den Arbeitslosen auf bessere Zeiten und gehen zumeist sehr weit in ihren Naturaldarlehen. Sie fürchten, sonst die Rundschau zu verlieren, nicht nur die des Arbeitslosen, sondern auch seiner Kameraden. Der Arbeitslose verpflanzt seine Einrichtung — zuletzt das Auto. Im fortgeschrittenen Stadium der Hilflosigkeit wird zur Belebung der Lebensversicherungspolice gegriffen... Während der letzten 10 Jahre ist der Anteil der Frauen an der Ziffer der Gesamtbeschäftigung in diesem Lande rapide gestiegen. Auch die Kinder arbeiten, man sollte es kaum glauben, hat erheblich zugenommen. Es läuft sich nicht feststellen, wieviel Arbeitslose durch arbeitsversorgte Mitglieder ihrer Familie über Wasser gehalten werden und welchen Anteil die beiden Geschlechter und die Kinder daran haben. Jedenfalls liegt da ein gut Teil Erklärung des Mysteriums. In letzter Linie kommt der Gang zur Hilfsorganisation oder zu den Behörden." — Diese Schilderung läßt erkennen, wie im reichsten Lande der Welt sich ein großer Teil der Bevölkerung während einer Wirtschaftskrise durchschlagen muß. Teilweise geht es den Arbeitslosen jenseits des Ozeans schlechter als den Schicksallosen in Europa.

40-Stunden-Woche in USA. Nach Mitteilungen des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes haben bis jetzt 557 921 in den Verbänden der Federation of Labor organisierte Arbeiter die 40-Stunden-Woche in Gestalt der Fünftagearbeit. Die einzelnen Berufe haben daran wie folgt teil: Tüftler und Zimmerer 125 000, Maler, Tapezierer, Dekoratoren 76 543, Klempner und Installateure 41 076, Maurer, Bauhilfsarbeiter und Pfasterer 50 748, Elektromonteur 40 000, Konfektionsarbeiter 45 000, Elevatorenbauer 10 164, Maschinenbauer 15 000.

Kommunistische Gewerkschaften in Frankreich. Wie der "Populaire" meldet, ist der französische kommunistische Gewerkschaftsbund (CGT) am 8. November in Paris seinen Jahreskongress abhält, auf rund 200 000 Mitglieder heruntergekommen. Dies wäre etwa die Hälfte seines Mitgliederstandes von 1929.

Briefkasten

Fried. 31. Für die Aufwertung von Sparkassenguthaben wurden seinerzeit Anmeldepflichten und Anmeldefristen von den Länderregierungen bekanntgegeben. Als Sparkassenguthaben rechnen hier nicht Sparguthaben bei Privatunternehmungen, sondern nur Sparguthaben bei öffentlichen oder staatlich beaufsichtigten Sparkassen, so vor allem bei städtischen und Kreissparkassen. — In den Aufwertungsgesetzen des Reiches ist allerdings keine solche Bestimmung enthalten wie dir mitgeteilt wurde; jedenfalls ist das eine besondere historische Bestimmung. Wir raten, bei der Aufwertungsstelle des dortigen Amtsgerichts nähere Erkundigungen einzuziehen, das auch im Klagefall die erste Instanz ist. — Über die Ausführungsbestimmungen dieser verzwickten Materie in allen deutschen Einzelaufnahmen sind wir natürlich nicht unterrichtet.

Herrn. Wenn infolge Anrechnung der Einnahmen von Angehörigen die Freigrenze zeitweise überschritten und die Kriensunterstützung eingestellt wird, so ruht der zugrundeliegende Unterstützungsanspruch und geht nicht etwa verloren. Bei Wegfall der Hindernisse ist Antrag auf Weitergewährung zu stellen.

F. M. S. Nach der Reichsversicherungsordnung werden bei der gleichzeitigen vorge schriebenen Familienhilfe in der Krankenversicherung als Kinder auch „die unehelichen Kinder eines männlichen Versicherten, wenn seine Vaterhaft festgestellt ist“, genannt. Also in deinem Fall liegt die Angelegenheit klar. Das weitere richtet sich nach den Satzungen (Statut) deiner dortigen Krankenfamilie, in weite Arzt und Arzneikosten für die Familienhilfe in Frage kommen. Einer besonderen Anmeldung bedarf es nicht, es genügt, wenn im Bedarfsfalle bei Lösung eines Krankenscheines für das Kind die nötigen Papiere zur Hand sind. (Dein Mitgliedsbuch von der Kasse, Geburtschein des Kindes nebst Anerkennung der Vaterhaft und Wohnungs nachweis des Kindes.)

Verheiratet. Zu deiner Anfrage diene als Antwort, was darüber Leipz. auf dem Frankfurter Kongress vor einigen Wochen gesagt hat: „Die Verbitterung in den Reihen der Arbeitslosen und die Furcht der noch in Arbeit Stehenden, gleichfalls in das Heer der Arbeitslosen zu sinken, hat zu einem Kampf gegen die sogenannten Doppelverdiener geführt. Als Doppelverdiener werden nun vielfach grundjährlig die verheirateten Frauen angesehen. Häufig ist daraus sogar ein Kampf gegen die Frauenarbeit im allgemeinen geworden. Wir haben uns dieser Auffassung bisher stets entgegengestellt und müssen sie auch weiterhin bekämpfen... Im Hinblick auf die ungewöhnliche Arbeitslosigkeit müssen wir natürlich auch weiterhin verlangen, daß keine Doppelverdiener beschäftigt werden, daß also bei Entlassungen und Neeneinstellungen hieraus Rücksicht genommen wird. Dieser soziale Gesichtspunkt kann aber auch zur Geltung gebracht werden ohne den grundsätzlichen Kampf gegen die Arbeit der verheirateten Frauen.“

Schotter. St. Ja, wir sind mittlerweile unterrichtet, daß die „Kartellgründung“, von der die Rede war, eine „Verkaufsgemeinschaft“ der Granitbetriebe in der Sächsischen Oberlausitz mit dem Sitz in Dresden darstellen soll; acht Betriebe sind es vorläufig, und zwar die bekanntesten, die die Gründung vollzogen haben. Die Aufmachung dieser Gemeinschaft ist ähnlich wie bei den bereits bestehenden sogenannten Unionen in der Schotter- und Plastersteinindustrie. — Im übrigen besten Dank für Ihre anderen Hinweise.

Wir kommen im nächsten „Steinarbeiter“ auf diese Gründung noch einmal zurück.

Der außergewöhnliche Ausgang der englischen Wahlen

ist nur zu erklären von dem Blickfeld der aus Rand und Band geratenen Verhältnisse der gegenwärtigen Zeit. Die große Niederlage der englischen Arbeiterpartei geht weit über Englands Grenzen hinaus. Und wenn in den Zeitungen die Nationalisten aller Länder und Richtungen den Ausgang der englischen Wahl begrüßen, so ist dies von deren Standpunkt verständlich. Das aber auch die Kommunisten einen Jubelruf ausspielen, obwohl sie keinen einzigen Kandidaten durchsetzen haben und mit ihren 60 000 Stimmen nur eine ganz geringe Minderheit bilden, dürfte be weisen, mit welchen verrückten Zuständen wir es heute zu tun haben. Die englische Arbeiterpartei hatte im letzten Parlament 265 Sitze inne. Sie vermögte jetzt nur noch 52 Kandidaten durchzubringen. Die Partei der englischen Tories, die Konservativen, hat etwa neun Zehntel sämtlicher Sitze im englischen Unterhaus zu erringen vermöcht. Die internationale Arbeiterbewegung hat bei den englischen Wahlen eine Niederlage erlitten. Das ist die Schlagzeile, wie sie gesehen werden muß.

Wenn wir aber an dieser Stelle zu den Dingen Stellung nehmen, so müssen wir auch zu erklären versuchen, wie es zu jener Niederlage gekommen ist. Das Nebengewicht der Konservativen im Unterhaus liegt am englischen Wahlsystem. Bestände in England die Verhältniswahl wie in Deutschland, so würden die Konservativen nur etwa 55 v. H. der Mandate erobert haben. Die Labour Party hätte nicht 52, sondern 200 Mandate. Dies zur Erklärung des verfälschten Wahlergebnisses. Die englischen Wahlen sind als Wahlen der Verzweiflung bezeichnet worden. Das waren sie in der Tat. Wenn man dies richtig erfassen will, muß man ausgehen von den Umwälzungen, die in England in den Jahren nach dem Kriege erfolgt sind. Das stolze britische Reich tracht in allen Ecken. Die jekigen Wahlen haben gezeigt, daß die vermeintliche Unabhängigkeit Englands von den europäischen Geschichten tatsächlich nur ein Traum war. Großbritannien ist auf Gedeih und Verderb mit dem alten Erdteil verbunden und wird von dessen Wirren und Schwierigkeiten bis in seine Grundfesten erschüttert. Mehr als einmal hat das englische Volk in der Geschichte in Stunden der Gefahr einer geschickt ausgegebenen Sammelparole Folge geleistet. Die Konservativen und mit ihnen der größte Teil der Liberalen und die abgesplitteten Mitglieder der Labour Party haben die Parole aus, daß England vor einem Abgrund stände und gleiche Verhältnisse wie 1914 angebrochen seien. Die Wirren der gegenwärtigen Zeit haben mit 1914 nur das gemein, daß die überpikierte europäische Krise diesmal wie damals von Österreich ausgegangen ist. Der Fall der österreichischen Credit-Anstalt, die deutsche Bank- und Finanzkrise und die Lösung des Pfundes vom Goldstandard waren eine Kette einer in sich verstrickten internationalen Wirtschaftskrise.

Hinzu kam, daß die Grundlage der englischen Wirtschaft immer mehr zu schwinden beginnt. Die stabile Basis Großbritanniens war: das englische Weltreich, die Herrschaft zur See, der Exporthandel und schließlich der englische Finanzmarkt. Das englische Weltreich offenbart einen Zerstörungsprozeß, wie er bis dahin noch niemals zu verzeichnen war. Die einzelnen Glieder dieses in Jahrhunderten zusammengebrachten Imperiums lockern sich aus verschiedenen Gründen immer mehr voneinander. Die Herrschaft Englands zur See ist ebenfalls in Frage gestellt. Der Matrosenstreik hat die Brüderlichkeit dieses Systems noch stärker hervortreten lassen. Die Abmachungen mit Amerika haben schließlich auch nach außen zu erkennen gegeben, daß die englische Flotte auf das Prädikat, Alleinherrscherin zur See zu sein, keinen Anspruch mehr erhebt. Wie es mit dem englischen Exporthandel steht, dürfte hinreichend bekannt sein. Die englische Industrie und mit ihr der englische Handel werden auf allen Gebieten zurückgedrängt. Was dies bedeutet, dürfte daraus ersichtlich sein, daß jeder fünfte Engländer bisher von der Warenausfuhr seines Landes lebte. Bleibt noch der englische Finanzmarkt. Dieser hat durch die Völlung der Goldstandard einen empfindlichen Stoß erlitten. New York und Paris sind heute die Kulturstädte der internationalen Finanz. Es ist hierüber in der letzten Zeit so viel geschrieben worden, daß der Verlust der Stellung Englands als Weltbankier einem jeden aufmerksamen Beobachter bekannt sein wird.

Wenn wir so die anders gearteten Verhältnisse Englands auf wirtschaftlichem Gebiete kurz gestreift haben, so dürfte erklärlich sein, wie eine Sammelparole, die eine entscheidende Besserung einleiten sollte, auf die Empfindlichkeit der breiten Masse Englands gewirkt hat. Die Arbeiterregierung ist für all das verantwortlich gemacht worden, was in den letzten 15 Jahren über England, seine Weltstellung und seine Wirtschaft hinweggebracht ist. Es hat wenig Zugkraft gehabt, daß die Arbeiterregierung darauf verweisen konnte, welche Erfolge sie in den zwei Jahren auf dem Gebiete der internationalen Politik errungen hat. Auch ist wenig beachtet worden, daß die verflossene Regierung alle Schwierigkeiten zu meistern in der Lage war und die Wirtschaftskrise für das englische Volk einigermaßen tragbar zu machen verstand. Den größten Stoß erhielt die englische Arbeiterregierung durch den Streik des internationalen Finanzkapitals. Amerikanische und französische Großkapitalisten haben sich geweigert, die englische Währung weiter zu stützen, wenn wichtige soziale Reformen nicht rückgängig gemacht würden und der Lebensstandard der englischen Arbeiterschaft nicht auf ein tiefes Maß herabgesetzt wird. Was dieser Vorstoß der internationalen Hochfinanz im September eingeleitet hat, ist am 27. Oktober beendet worden.

Nunmehr herrscht die Partei der besitzenden Klasse in England unumstritten. Sie wird auf Grund ihrer überwiegenden Mehrheit alle die Gesetze und Maßnahmen durchführen, die jene Klasse als notwendig erachtet. Im Vordergrund steht die Einführung des Systems der Schatzölle. Die Frage Schatzöl oder Freihandel hat die englische Politik seit Jahrzehnten beherrscht. Die Einführung ländlicher Schatzölle konnte dennoch immer wieder verhindert werden, weil eine tragbare Mehrheit im Unterhaus niemals zu vorhanden war. Jetzt ist sie da. Es steht also der Verwirklichung dieses Wunsches einer mächtigen Schicht in England nichts mehr im Wege. Alle jene Länder, die aus dem englischen Freihandel bisher Nutzen zu ziehen vermochten, werden die Veränderung der englischen Wirtschaftspolitik recht bald zu spüren bekommen. Der lebhafte Beifall der internationalen Hochfinanz wurde aber aus dem Grunde gespendet, weil man nunmehr sicher zu sein glaubt, daß die englische Währung recht bald wieder gefestigt sein wird. Das englische Volk hat deshalb so gestimmt, weil es eine heillose Angst vor der Inflation hat. Das wichtigste Argument, welches ein Redner in den englischen Wahlversammlungen zur Verfügung hatte, war die Schilderung der Wirkungen der Inflation in Deutschland. Einzelne Redner, darunter McDonald, haben Bündel deutsches Inflationsgeldes während ihrer Wahlreden geschwungen, und soll die Wirkung dieser Millionen- und Milliardenhöhe, für die sich ein deutscher Arbeiter unmittelbar nach der Herausgabe noch nicht einmal einen Laib Brot kaufen konnte, auf die Zuhörer derartig gewirkt haben, daß sie sich schworen, England unter allen Umständen vor derartigen Zuständen zu bewahren.

Die Niederlage der englischen Arbeiterbewegung ist eine Niederlage der Arbeiterschaft aller Länder. Aber auch die internationale Sozialpolitik hat eine Niederlage erlitten. Der Abbau der sozialpolitischen Gelehrte in England wird für die reaktionären Strömungen aller Länder eine direkte und indirekte Hilfe sein. Aus diesen Feststellungen muß sich die Folgerung ergeben, daß dieser von den englischen Wahlen ausgehende Stoß der Reaktion durch ahergewöhnliche Umstürze in wettgemacht werden muß. In England sind klare Fronten entstanden. Die Arbeiterpartei wird sich auf einer neuen Grundlage zu einem Wiederaufstieg rüsten. In jedem andern Lande aber muß diese Wahl eine Warnung und zugleich ein Ansporn sein zu energischem Aufraffen, die internationale Welle der Reaktion an dem Wehr der Arbeiterbewegung zerbrechen zu lassen.

Bücher und Zeitschriften

Die Angestelltenbewegung 1928 bis 1931. Herausgegeben vom Allgemeinen freien Angestelltenbund im Freien Volksverlag, G. m. b. H., Berlin NW. 40, Werderstraße 7, 400 Seiten in Großformat, Ladenpreis 10 Mark. Preis für Mitglieder der AfA-Verbände 7 Mark.

Der AfA-Bundesvorstand legte dem 4. AfA-Gewerkschaftskongress, der vom 7. Oktober in Leipzig tagte, wiederum seinen Geschäftsbericht in Form eines Gesichts- und Handbuches des Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung vor. Dieses umfangreiche Werk berichtet über die Arbeit des AfA-Bundes in den Jahren 1928, 1929 und 1930, also über eine Zeit schwierigster gewerkschaftlicher Tätigkeit. Er führt den Nachweis, daß es trotzdem bis zum Frühjahr 1931 gelungen ist, nicht nur die zahlreichen Angriffe abzuwenden, sondern einen vermehrten Angestelltenbeschluß durchzusetzen. Dabei wird auf den Kampf um die Leistungen der Angestelltenversicherung, um die gesetzliche Beratung der Unabhängigkeit des Gehaltsanspruchs alter Angestellten im Krankheitsfall vermerkt. Besonders Beachtung finden die Abschritte über den Arbeitschutz und den Arbeitslohnabschluß. In den Darlegungen über die einzelnen Phasen der Auseinandersetzungen über die Arbeitslosenversicherung spiegelt sich das wirtschaftliche und soziale Bild der Gegenwart. Hier zeigt sich aber gleichzeitig auch die enge Verbindung zwischen der Arbeit der Gewerkschaften und der politischen Kraftentfaltung. Im Hinblick auf das 10jährige Bestehen des AfA-Bundes bringt der vorliegende Bericht erstmals Darlegungen über die Geschichte der einzelnen dem AfA-Bund angeschlossenen Verbände. Die Aktivität der Berufsverbände und der elterne Welle der Gefangenbewegung, der durch die Tätigkeit des AfA-Bundesvorstandes aus Ausdruck kommt, macht es möglich, daß die Mitgliederzahl sich in der Berichtszeit noch außerordentlich günstig entwickelt hat. Im Jahre 1928 zählten die AfA-Verbände 411 768 Mitglieder. Diese Zahl ist im Jahre 1931 auf 477 300 Mitglieder gestiegen. Ein deutliches Zeichen der organisatorischen Kraft der Gefangenbewegung. Dieses grundlegende Buch ist für die Öffentlichkeit, in erster Linie für Gewerkschafter und Politiker, von großer Bedeutung, bietet eine Fülle von wichtigem Material.

Die Außenpolitik der Nationalsozialisten. Verlag der AfA-Korrespondenz, Berlin NW. 87, Sigmundshof 12. (Verfasser: Dr. Helmut Kloss.) Der Einzelpreis beträgt 60 Pfennig.

Die besondere Bedeutung der vorliegenden Schrift ist es, daß Hitler und die Freien seiner Partei höchstlich über ihre Gedanken und Pläne zu einer nationalsozialistischen Außenpolitik zu uns sprechen. Aus dem Schrift und den Reden der NSDAP hat der Verfasser alles, das zusammengetragen und geordnet, was die Frage der deutschen Außenpolitik — in besonderen: das Problem Deutschland — Frankreich, das gerade in gegenwärtigen Zeiten als die große Schicksalsfrage Deutschlands, Europas und der Welt sich erweist — unmittelbar und mittelbar berührt.

Wer die Schrift liest, ja: wer überhaupt sich mit der „Außenpolitik“ der Nationalsozialisten beschäftigt, der wird verstehen, daß es dem Verfasser verlangt blieben mußte, eine Darstellung der positiven außenpolitischen Linie der Hitler-Partei zu geben — eben weil diese „Linie“ völlig fehlt. Dr. Kloss hat darauf verzichtet, eine Kritik der nationalsozialistischen Außenpolitik unter dem Gesichtspunkt oder auch nur unter besonderer Herbeziehung seiner eigenen Meinung zu üben, er hat sich vielmehr darauf befrüchtet, die Widersprüche, die vollen die Unwahrsichtigkeit und den verwegenen Charakter H. Hitler's Außenpolitik aufzuzeigen und an den Reden und Schriften der nationalsozialistischen Führer zu belegen.

U. d. die Nutzung? — Allein schon aus zwingenden außenpolitischen Gründen würde es die politische und — beinahe noch mehr — die moralische Katastrophe Deutschlands bedeuten, wenn heute oder in der Zukunft irgendeine Partei oder eine politische Persönlichkeit sich würde, die Herrn Hitler in den Sattel der Reichsregierung versetzen lassen. Ein Kabinett, das auch nur unter dem mittelbaren Einfluß der Nationalsozialisten zustandekommt, wäre fiktiv und unwürdig vor der Welt.

Adressenänderungen

5. Gau: Essen. Vorl.: Hermann Neßhöfer, Bredowstraße 16.

Anzeiger

Zahlstelle Koepenick

Die Wohlfahrtskarten werden in unserem Versammlungskiosk Karl Waldow, Koepenick, Berliner Str. 19, am Sonnabend, dem 7. November, von 18 bis 20 Uhr, abgegeben. Die Versammlung am 22. November fällt aus. Nächste Versammlung wird noch bekanntgegeben.

I. A.: R. Krahle.



Nichigell gegen Bezug zurück Herm. Webers Berufsschuhwerk Bad Godesberg

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuh u. Ledertaschen 11,50 Mk. aus II-Drahtleder 8.— und 6.— Mk. Maurersocken 1,10 Mk. Echt Linder-Manchesterhosen Qual. I 15.— II 11,50. III 10.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus. Preisliste u. Muster gratis.

Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2 (Speziallebruk für Berufskleidung)

Es ist erschienen:

Der sozialdemokratische Abreißkalender 1932

In Kupferstichdruck hergestellt. Er bringt historische Bilder aus der Arbeiterbewegung, astronomische Angaben (Sonnenauf- und -untergänge, Mondphasen, Planetenbewegung usw.). Gute Bilder beleben den Kalender, so daß er in jedem Haushalt, in jedem Büro eine Zierde darstellt. Der Kalender kostet 2.— RM. Zu haben in allen Parteibuchhandlungen.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl Rahmen, Brechstange und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefer auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

aus bestem Schweißstahl Rahmen, Brechstange und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefer auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

aus bestem Schweißstahl Rahmen, Brechstange und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefer auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

aus bestem Schweißstahl Rahmen, Brechstange und sämt

Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft im Jahre 1930

Der Jahresbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft erstreckt sich in einem Sonderheft auch über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und die Maßnahmen für die erste Hilfe: Gestützt auf die Feststellungen der Technischen Aufsichtsbeamten bei ihren Revisionen enthält dieser Bericht manche Anregung zur Verhütung von Unfällen. Hervorgehoben wird, daß in den Steinbrüchen bei der Abraumbelebung und beim Abbau, infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse besonders in den Kleinbetrieben, nicht immer das Erforderliche geschah, was die Unfallverhütung verlangt. Vereinzelt trägt auch Schild von Unfällen die mangelhafte Aufklärung der Arbeiter über Unfallursachen durch die Vorgesetzten. Den größten Anteil haben die Transportunfälle, die circa ein Drittel aller Unfälle umfassen. Dann folgen jene, die durch Herafsällen, durch Einsturz oder Nachrutschen von Steinmassen, Absturz von der Bruchwand oder sonst erhöhten Arbeitsplätzen, sich ereignen. Die Unfalluntersuchungen an Ort und Stelle haben in den meisten Fällen ergeben, daß die Vorgesetzten im Interesse der Versicherten mancher Unfall hätte verhindern können. Besonders bemerkbar immer dort, wo unerfaßbare Arbeiter auf Grund der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingestellt werden müssen. Eine Anzahl von Augenverletzungen mußte wiederum darauf zurückgeführt werden, daß Versicherte die Schutzbrillen nicht genügend gebrauchen und zum Teil auch die Versicherten bei der Arbeit unzweckmäßig ausgestellt wurden. In vielen Fällen haben unsere Kollegen — immer und immer wieder muß darauf hingewiesen werden — es in der Hand, sich vor Schädigungen ihres unerschöpflichen Augenlichtes zu schützen.

In den Basaltbrüchen ist eine besondere Unfallart in Erscheinung getreten, weil beim Verladen, bei nasserem Wetter die Steine aus den Händen gleiten, wodurch eine plötzliche Entspannung der Rückenmuskulatur eintritt, was zur Folge hat: Muskelzerrung.

In Steinbrüchen ist die Unfallgefahr bekanntlich groß, sie wird sogar von alten eingearbeiteten Facharbeitern unterschätzt, die bei der Steingewinnung und Steinbearbeitung den größten Teil ihres Lebens zugebracht haben. So wurde z. B. in der Sektion VII bei der Erörterung eines schweren Betriebsunfalls von den Betriebsratsvorständen eines großen Porphyrrwerkes erklärt, daß unter den jetzigen mäßlichen Wirtschaftsverhältnissen von den Arbeitern nicht verlangt werden könne, daß sie die Unfallverhütungsvorschriften genau beachten. Diese merkwürdige Auslösung eines Betriebsratsvorständen wird natürlich von keiner Seite gedeckt, sie widerpricht auch unserer gewerblichen Ausgabe und scheint mehr ein falscher Zungenschlag zu sein als der wirtschaftliche Ausdruck von Verantwortlichkeit des Vertrauensmannes einer Belegschaft.

Ganz richtig bemerkte der Technische Beamte von der Sektion IX: „Der ständig fortwährende Abbau in den Steinbrüchen und die dadurch bedingten Veränderungen der Bruchwände lassen sich nicht mit den Unfallgefahren anderer Industrien, die an ortsfeste Maschinenanlagen gebunden sind, vergleichen. Aus diesen Gründen sind die Unfallursachen viel mehr als in anderen Betrieben von den körperlichen und geistigen Eigenschaften der in den Brüchen beschäftigten Leute abhängig und erfordern auch eine andere Einstellung des Techn. Aufsichtsbeamten zur Arbeiterschaft.“

Einen anderen eigenartigen Vorgang, dem wir natürlich durchaus nicht nachahmen müssen, berichtet die Sektion X: „Wiesloch fehlt dem Unternehmer die Mittel zur rechtzeitigen Herstellung des vorschriftsmäßigen Grubenzustandes. Wie trocken manches erreicht werden kann, zeigt folgender Fall: Arbeiter hatten sich schriftlich darüber beschwert, daß sie an der Grubenwand unter erhöhter Betriebsgefahr arbeiten müßten. Die Befestigung der Grube zeigte, daß die Kästen berechtigt waren. Der vorschriftsmäßige Zustand der Grubenwand hätte aber nur mit beträchtlichen Kosten hergestellt werden können. Da die Arbeiter so wie so nur bis zur Mittagszeit in dem Betriebe arbeiten, und der Unternehmer keine Arbeitsverrichtung in der Grube vornehmen lassen konnte, die nicht zugleich Geld einbrachte, wurde den Arbeitern vorgestellt, daß der Betrieb stillgelegt werden müsse, wenn der vorschriftsmäßige Zustand der Grubenwand in der Weise hergestellt würde, wie die Arbeiter es sich dachten. Daher wurde ihnen vorgeschlagen, täglich eine halbe Stunde länger im Betriebe zu verweilen und während dieser Zeit Mittagsstunde zu befeißen, insbesondere den Abraum. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, begann der Techn. Aufsichtsbeamte mit dem Schachtmeister die Befestigung des Abraums und forderte die Arbeiter auf, nachzuholen, da sie auf diese Weise sich ihre Arbeitsgelegenheit weiter erhalten und die Grube allmählich in betriebsicherem Zustand bringen könnten. Nach anfänglichem Zögern sind die Arbeiter dem guten Beispiel gefolgt.“

Es folgen dann im Bericht einige Schilderungen bedeutamer Einzel- und Massenunfälle, von denen wir nur zwei bei der Steingewinnung herausgreifen wollen, um sie auch unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Beide Unfälle sind typisch für die ständige Lebensgefahr bei der Steinbruchsarbeit:

In einem Basaltbruch war gesprengt worden. Bei Beginn der Schicht wurden zwei Arbeiter beauftragt, in einer Ecke der Bruchwand loes Material, das von der Schieferarbeit hängen geblieben war, zu entfernen. Beide waren angezettelt und mit Gurten versehen. Die Seile waren am oberen Rande des Bruches sicher befestigt und außerdem wurden sie oben von Arbeitern gehalten. Plötzlich geriet das gesamte Steinmaterial unter den Füßen der Arbeiter in Bewegung. Der eine konnte dem Steinrutschten ausweichen, indem er schnell am Seil hochkletterte. Dies versuchte auch der zweite Arbeiter, jedoch traf ihn dabei ein Stein an den Schädel, so daß er betäubt wurde, das Seil losließ und am Seil hängend in die Tiefe stürzte. Durch weiter herabstürzende Steinmassen wurde er dann tödlich verletzt.“

In einem unterirdischen Kalksteinbruch waren in einem Querschlag von 2,80 m Breite und 7 m Länge 2 Brecher mit dem Ausbrechen der leichten Steine der obersten, 20 cm starken Muschelkalksteinbank unter der harten, tonigen Fazies beschäftigt. Während des Herunterdrüdens der Steinstücke mit dem Brechern löste sich ein Stück der Fazies von 2 m Länge und 1,60 m Breite (harter Letten mit dünnplattigem, brüchigem Gestein). Der eine der Leute wurde durch die herabfallenden Steine am Kopf geringfügig verletzt, der andere trug eine schwere Rückenverletzung davon. Der Unfall ist auf die mangelhafte Sicherung des Hangenden zurückzuführen. Die Unterstützung der Fazies vor Ort war unterlassen worden, weil der Abbau fast beendet war.“

Eine nach unserer Auffassung ganz selbstverständliche Forderung enthält der Bericht, nämlich, daß „nur behördlich zugelassene Sprengstoffe und Zündmittel in den Betrieben Verwendung finden dürfen“. Es geht natürlich nicht an, daß die Berufsgenossenschaft, die bei Unfällen das Risiko trägt bei der praktischen Beurteilung neuer Sprengstoffe übergegangen wird. Deshalb müßte es auch unbedingt verboten sein, daß Erfinder neuer Sprengstoffe auf eigene Faust inserieren und ihre neuen Sprengstoffe anpreisen. Und wenn nun gar Fachblätter wie „Die Steinindustrie“ solche Anzeigen noch aufnehmen, dann ist das sicherlich ein unhaltbarer Zustand, der schleunigst beseitigt werden muß im Interesse der Versicherten und anderer...

Bei den Betriebsrevisionen handelt es sich vielfach um Beschwerden der Arbeiter, die fast durchweg begründet waren und abgeklärt wurden. Aus dem Revisionsbericht kann entnommen werden, daß in einigen Sektionen die Beamten ihre Revisionstätigkeit mit gemeinsamen Aussprachen, die der Aufklärung dienen, verbinden; das scheint uns recht nachahmungswert und folgerichtig zu sein. Die Beamten werden hierbei natürlich bei manchem Unternehmer annehmen, daß wird auch im Bericht bestätigt, besonders war das in Kleinbetrieben der Fall.

Betriebe, die wegen besonders großer Gefahren Anlaß boten, sind wiederholt — bis zu 11mal im Jahre — besichtigt worden. Der einmal revidierte Betrieb im Bezirk der Sektion VIII (Breslau) ist derselbe Basaltbruch, der im Jahre 1929 10mal revidiert worden ist.“

Auch im Jahre 1930 mußten eine Anzahl Bestrafungen — 93 — gegen Unternehmer anhängig gemacht werden nach § 851 und 887 der RVO, von denen 80 beim Abschluß des Berichtes rechtsträchtig geworden sind. Gegen Unternehmer-Stellvertreter 9 Strafen, von denen 6 rechtsträchtig wurden. Allerdings wurden auch gegen Versicherte, also Arbeiter, in 81 Fällen Strafe beantragt, wovon 74 ohne Aenderung rechtsträchtig geworden sind.

Gefragt wird von den Technischen Aufsichtsbeamten allgemein, daß viele Versicherte die rechtzeitige Unfallmeldung unterlassen, warten damit oft bis die Wunde sich entzündet hat. Durch dieses Verhalten sind zahlreiche Blutvergütungen entstanden, die teilweise den Tod zur Folge hatten.

Ein unglaublicher Vorgang, zu dem gerade der Aufsichtsbeamte hinzukam, wird aus der Sektion III geschildert: „Als der Techn. Aufsichtsbeamte im Bezirk der Sektion III sich einen Porphyrrbruch bei nebligem Wetter näherte, krachte ein Schuß. Das Warnungszeichen, eine rote Fahne, oberhalb des Bruches war nicht gezogen, auch war kein Hornsignal gegeben worden. Beim Näherkommen ging ein weiterer Schuß los, wieder ohne Signalabgabe; auch stellte der Beamte nun mehr fest, daß die Belegschaft sich noch im Bruch und nicht in der vorgebrückten einen Deckung befand. Der fahrlässige Bruch- und Schießmeister, der es auch unterlassen hatte, die Wartezeit beim Keilen einzuhalten, wurde bestraft und die Entziehung der Sprengeraubnis und der Bruchauflösung wurde ihm angedroht.“

Ein besonders uns interessierendes Kapitel im Bericht ist das über „Gesundheitsschädliche Einflüsse und Berufskrankheiten“. Der Bekämpfung des Steinstaubes wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet und in der Sektion III das Tragen des J. Seippischen Respirators angeordnet, andererseits wird gemeldet aus der Sektion V, daß solche selten und ungern benutzt werden, weil sie bei anhaltender schwerer Arbeit störend wirken. Über die Sandsteinindustrie wird aus denselben Sektionen gemeldet, daß sie seit Jahren zurückgeht, folgedessen auch neue Silicosefälle nicht gemeldet wurden.

„Die Staubbelästigungen in Schotterwerken wurde weiter bekämpft. Die Verhältnisse haben sich durch die hohen Anforderungen der Verbraucher an den Splitt erheblich verbessert. Der moderne Steinbruchbau verlangt einen staubfreien, teilweise sogar gewaschenen Splitt, so daß die Werke gezwungen sind, wirksame Entstaubungsanlagen zu bauen. Da der Pflasterablaß zurückgeht, die Nachfrage nach guten Splittsorten steigen wird, so wird sich der Ausbau der Entstaubungsanlagen fortsetzen.“

Aus der Sektion III wird berichtet, was auch wohl für alle Sektionen zutrifft: „Trotz der ausgedehnten Verwendung von Preßluftwerkzeugen sind Meldungen über Erkrankungen der Muskeln, Gelenke und Knochen durch Arbeiten mit diesen Werkzeugen nicht eingegangen. Zur Verhütung solcher Krankheiten erscheint es zweckmäßig, die Leute nicht an dauernd, sondern umsichtig mit diesen Werkzeugen arbeiten zu lassen. Darauf wird in den Betrieben hingewiesen.“

Gefragt wird auch darüber, daß teilweise die Wichtigkeit des Betriebsmaterials übersehen wird und in mangelhaftem Zustand sich befindet. Unsauber aufbewahrt, verdorbene Arzneimittel müssen beseitigt und gute Verbandsästchen zur Anschaffung empfohlen werden. Auch hier betrifft es in der Hauptsache die kleineren Betriebe. Dann wird noch gesagt: „In Steinbrüchen in Gebirgsgegenden wurde in zahlreichen Fällen angegeben, daß das Verbandszeug von betriebsfremden Personen gestohlen worden war.“

Von einigen Beamten der Berufsgenossenschaft wird darauf besonders gefordert, daß „Abendkurse auch an kleineren Orten abgehalten werden, in deren Umgebung sich zahlreiche Steinbruchbetriebe befinden“ und daß geeignete Belegschaftsmitglieder eine Ausbildung in der ersten Hilfeselbsthilfe erhalten. Auch Sprengmeisterkurse wurden verschiedentlich veranstaltet.

Das gute Hand-in-Hand-arbeiten mit den Gewerbeaufsichtsbeamten wird besonders hervorgehoben, hier und da mußten auch Polizeibehörden veranlaßt werden, den Revisionsbeamten den nötigen Nachdruck zu verleihen. Einen recht interessanten Vorgang schildert dabei die Sektion 1b: „Ein Bezirksamt übergab seine Aufträge an Pflastersteine an eine Anzahl solcher kleiner, nicht versicherter Betriebe, weil deren Preisangebot um denjenigen Betrag billiger war, als der Beitrag an die Berufsgenossenschaft bei den versicherten Betrieben ausmachte. Der Techn. Aufsichtsbeamte wurde bei dem Bezirksbaumeister und Versicherungsamt vorstellig, konnte aber eine Aenderung nicht mehr erreichen. Man scherte jedoch zu, daß in Zukunft vor Auftragerteilung der Nachweis der berufsgenossenschaftlichen Anmeldung gefordert werden sollte.“

*

Das Vorstehende ist nur ein knapper Auszug aus dem eingangs erwähnten Sonderheft, das — abgesehen von der dauernden Wortgleichstellung der im Grunde doch sehr verschiedenen Begriffe vom „Sprengen“ und „Schießen“, was sich einige Techn. Aufsichtsbeamte einschließlich der höheren Stelle ancheinend nicht abgewöhnen können — über eine Fülle von Arbeitsleistungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung berichtet, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, durch Unterstand und Abneigung manchmal zu einer recht undankbaren Aufgabe werden. Hinzu kommt noch die tatsächliche, von den Steinbruchbetrieben nur einmal nicht zu trennende ständige Unfallgefahr, die die Technischen Aufsichtsbeamten in dauernder Bewegung hält. Die Sache selbst erfordert von unseren Verbandsmitgliedern, hauptsächlich von den Betriebsräten nicht nur eine Würdigung der Tätigkeit der Technischen Aufsichtsbeamten, sondern auch ein verständnisvolles Beachten ihrer Anordnungen über die Unfallverhütung. Wo diese Anordnungen mit der Betriebsweise schwer in Einklang zu bringen sind, läßt sich immer bei einigermaßen gutem Willen in gemeinsamem Wirken ein Weg finden, der den Unfallverhütungsvorschriften Geltung verschafft. Diese Vorschriften wollen und sollen unsere Kollegen vor Färschäden bewahren, die nie durch eine Rente abgegolten werden können. Wenn das erst Allgemeinauflösung desto Steinarbeiters geworden ist, auch gegen die minder verantwortungsvollen Unternehmer und ihre Stellvertreter, dann ist sicher sehr leicht, der andere trug eine schwere Rückenverletzung davon. Der Unfall ist auf die mangelhafte Sicherung des Hangenden zurückzuführen. Schließe sich keiner davon aus!“

Neue Bücher

Praxis des Arbeitschutzes und der Gewerbehygiene. Von Hermann Eibel, Dr. Meyer-Brodisch und Ludwig Preller. Umfang 223 Seiten, mit 42 Zeichnungen im Text und 5 Tabellen in besonderer Tasche. Berlin 1931. Preis in Leinen geb. 3,50 Mark, Organisationspreis 2,80 Mark. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H. Berlin S. 14, Inselstraße 6. Der Arbeitschutz und die Gewerbehygiene im Betrieb haben große praktische Bedeutung erlangt. Die zahlreichen Gesetze und tariflichen Bestimmungen des Arbeitschutzes sind ein Gefüge, durch das nur schwer durchzufinden ist. Deshalb ist der besondere Wert des Büchleins darin zu suchen, daß die drei Autoren — der Ingenieur, der Arzt und der Betriebsrätler — sich zusammengetan haben, um die technische, die hygienische und die arbeitsrechtliche Seite dieses Wissensgebietes darzustellen. Hierdurch erzielt das Buch dem Leser die Benutzung von sonst stets verstreuter Fachliteratur und wird sich zweifellos als notwendiges Hilfsmittel für alle am Arbeitschutz und der Gewerbehygiene interessierten Kreise durchsetzen. Das vorliegende Buch ist ein Leitfaden, der in lebendiger Darstellung und straffer Gliederung alles Notwendige für den Betriebsfunktionär bringt und seine Rechte und Pflichten in der Durchführung des Arbeitschutzes enthält.

Auch für den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften, für den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten, für Studierende an technischen Hochschulen und für Besucher von Wohlfahrtsinstituten eignet sich das Buch als kurzer Ubriss, der alle notwendigen gesetzlichen Bestimmungen und hygienischen Tatsachen erfaßt und doch durch seine lebendige Darstellung, die durch Beispiele von Bildverzeichnungen ergänzt wird, dem Leser fesselt. Dem Buch ist ein zweckmäßig eingetragenes Tabellenwerk beigegeben, das eine schnelle Uebersicht über alle in Frage kommenden gesetzlichen Bestimmungen ermöglicht; das ist eine bisher noch nicht vorhandene, wertvolle Reuerung für die Praxis.

Aus der Tätigkeit der Abteilung für Berufskrankheiten am Städtischen Krankenhaus Ludwigshafen a. Rh.

Ludwigshafen a. Rh.

Unter dieser Überschrift veröffentlichte der Oberarzt Dr. Kurt Köhing im Septemberheft des „Zentralblattes für Gewerbehygiene und Unfallverhütung“ eine recht interessante ausführliche Übersicht, der wir, soweit Steinbrecher und Steinhauer in Frage kommen, einiges entnehmen. Von 244 Kranken, die zur klinischen Beobachtung dem Krankenhaus von Berufsgenossenschaften, Versicherungsaufnäher und Krankenkassen überwiesen wurden, hatten 99 oder 40,6 der Gesamtfälle Staubbelästigungen. Diese Erkrankungen standen an erster Stelle und haben die anderen Erkrankungen weit überwogen. Größtenteils hatten die untersuchten Steinbrecher und Steinhauer in den Sandsteinbrüchen der Pfalz gearbeitet. Nur vereinzelt kamen Sandsteinarbeiter aus dem Odenwald auf die Abteilung. Wenige der Kranken hatten ausschließlich in Werkstätten gearbeitet. Bei ihnen konnte niemals der Befund einer schweren Silicose (Stadium III) erhoben werden. Besonders heftige akute Krankheitsscheinungen wurden bei Steinhauern beobachtet, die an Sandsteinfassaden von Häusern gearbeitet hatten. Hier war der Arbeitsplatz mit großen Blänen nach allen Seiten verhängt, um die Strafengäste vor Staubbelästigung zu schützen. Die Steinhauer aber standen unter besonderer starker Staubeinwirkung. Schwere Silicosen im Sinne des Gesetzes fanden sich 24mal; dazu kommen noch 16 Kranken, bei denen erhebliche silicotische Veränderungen mit offener Lungentuberkulose vereinigt auftreten, so daß 40 entzündungspflichtige Staublungenerkrankungen anzuerkennen waren. Demgegenüber wurden 55 leichte und mittelschwere Silicosen gefunden, zu denen noch vier Kranken mit den Erscheinungen einer akuten Bronchitis auf Grund von Staubeinwirkung ohne Silicoseherde in den Lungen zu zählen wären. Somit war 59mal das Vorliegen einer Berufskrankheit im Sinne des Gesetzes abzulehnen. Bei der Beurteilung der Staublungenerkrankung wurde stets hervorgehoben, daß nicht der röntgenologische Befund allein maßgebend sein kann, sondern daß die klinischen Erscheinungen in weitestem Maße berücksichtigt werden müssen. Erst wenn der Röntgenbefund und die klinischen Erscheinungen der Silicose zusammen mit den zu ihr gehörigen Nebenerkrankungen das Gesamtbild einer schweren Staublungenerkrankung ergaben, wenn schließlich dieses Krankheitsbild im wesentlichen verursacht war durch eine Steinhauertätigkeit in ver sicherungspflichtigen Betrieben nach dem 31. 12. 1919, dann wurde eine entzündungspflichtige Berufskrankheit im Sinne der 2. Verordnung vom 11. 2. 1929 anerkannt. Die Frage, ob neben der Silicose noch eine Lungentuberkulose bestand, war oft sehr schwierig zu beantworten. Doch konnte in einer ganzen Reihe von Staublungenerkrankungen gerade durch sorgfältige klinische Beobachtung eine Klärung der Diagnose dahingehend erzielt werden, daß Anhaltspunkte für das Vorhandensein aktiver tuberkulöser Krankheitsprozesse in den Lungen nicht gefunden wurden. Andererseits war es aber auch möglich, in vier Fällen eine offene Lungentuberkulose neben der Silicose aufzudecken, die vorher nicht festgestellt worden war, und von der auch der Kranke selbst nichts wußte.“

Abschließend und zusammenfassend zu all den beobachteten 244 Berufserkrankten überhaupt, bei denen 29 Krankheitsarten in Frage kamen, sagt dann der bekannte Oberarzt und Gewerbehygieniker Dr. Köhing:

Ein zahlreiches und vielseitiges Material an gewerblichen Berufskrankheiten gestattete es, wertvolle Beobachtungen und Erfahrungen zu sammeln. In einer ganzen Reihe bisher unklarer Krankheitsbilder konnte durch klinische Beobachtung eine Klärung herbeigeführt werden. Bei den oft sehr schwierigen Feststellungen des Zusammenhangs zwischen Erkrankung und eventueller gewerblicher Schädigung wurde stets großer Wert darauf gelegt, daß der „geeignete Arzt“ die Möglichkeit erhielt, die in Frage kommenden gewerblichen Betriebe zu besuchen. Bei gewerblichen Berufskrankheiten schwerer Natur mit längerem Fortbestehen von Folgeerkrankungen wurde ärztlicherseits das Ziel verfolgt, den Kranken, die nach Entlassung aus der ärztlichen Behandlung noch in mancher Beziehung unter den Nachwirkungen ihrer Erkrankung litten, vorübergehend Arbeitsplätze zu beschaffen, an denen sie die Möglichkeit hatten, sich allmählich in ihr gewohntes Tätigkeitsgebiet wieder hineinzufinden. Den in dieser Richtung vorgebrachten ärztlichen Anregungen und Vorschlägen wurden von den gewerblichen Betrieben, soweit es irgendmöglich war, Rechnung getragen.“

Das hier abschließend Gesagte, besonders im letzten Teil, trifft für berufserkrankte Steinarbeiter nicht zu; zumal deren Krankheit im Stadium III keinen „vorübergehenden Arbeitsplatz“ mehr erfordert. Bei aller Hochachtung vor der Wissenschaftlichkeit des Oberarztes Herrn Dr. Köhing muß hier aber doch auch bemerkt werden, daß sehr viele Sandsteinarbeiter aus den dortigen Steinbrüchenbezirken, die infolge ihrer müderischen Berufsarbeite auf dem letzten Ende preisen, keine gute Erinnerung an Dr. Köhing als maßgebenden Arzt in sich tragen.

Notverordnung und Betriebsratgegesetz

Die im vergangenen und diesem Jahre zahl- und umfangreich durch die Reichs- und Landesregierungen erlassenen Notverordnungen haben fast durchweg auf allen die Arbeitnehmer betreffenden Gebieten Verschlechterungen gebracht. Ganz besonders war das mit dem 1. 10. 1927 in Kraft getretene Arbeitslosenversicherungsgesetz Änderungen unterworfen. Dabei wurde auch die Sozialversicherung in Mitleidenschaft geogen. Hatten auch die einzelnen Bestimmungen der Unfall- und Invalidenversicherung keine Aenderung erfahren, so wurde bereits mit der Novelle zum AWBG vom 12. 10. 1929 die Anrechnung der Renten, soweit dieselben 30 RM. monatlich überschreiten, bestimmt. Mit der NW. vom 5. 6. 1931 wurde der freibleibende Betrag von 30 RM. auf 15 RM. herabgesetzt. Mit leitgenannter Notverordnung, die eine Menge von Verschlechterungen mit sich brachte, wurde auch das Betriebsratgegesetz, soweit dieses den Entlassungsschutz (§§ 84—87 u. d. HGB. mit § 74) der Arbeitnehmer betrifft, in Mitleidenschaft gezogen. S. 113 Abs. 4 des AWBG. besagte, daß Erlaß für besondere Leistungen nicht im Sinne des Gesetzes gelten,

Jugend, Achtung! Die Verleumdungswelle steigt!

Es ist bekanntlich viel einfacher, Behauptungen aufzustellen, als sie zu widerlegen. Es ist auch erfahrungsgemäß leichter, über eine Person oder Organisation Verleumdungen zu verbreiten, als diese Verleumdungen zurückzuweisen. Selbst wenn Verleumder durch gesetzliche Urteile bestraft und zu Erklärungen gezwungen werden, in denen sie ihre eigenen Behauptungen als falsch — eben als Verleumdungen — anerkennen müssen — die Wirkung der durch die Rote oder Schrift verbreiteten Verleumdungen wird und kann nicht mehr beseitigt werden. Von Verleumdungen und Hege lebende Personen, Parteien oder sonstige Vereinigungen wissen das. Sie sind oft in Gerichtsverhandlungen bereit, alle Behauptungen „mit dem Ausdruck des Bedauerns“ zurückzunehmen, weil ihnen bekannt ist, daß nur ein Bruchteil derjenigen Menschen, zu denen ihre Verleumdungen gedrungen sind, von ihrem Rückzug oder ihrer Niederlage vor dem Gericht etwas erfährt. Die Leute wissen aber auch, daß immer noch die Mehrzahl des Volkes das gedruckte Wort, sei es in Zeitung, Flugblatt oder Broschüre, wie ein Dokument ansieht, in dem nur die Wahrheit gesagt wird. Die Masse hat keine Vorstellung und kann sie nicht haben über die Bedingungen und Umstände, unter denen so manches Machwerk entsteht.

Wenn schon im allgemeinen, besonders im politischen Kampf, auf die Leichtgläubigkeit der Masse gerechnet wird, so gilt dies vor allen, wenn es sich um die Jugend handelt. Es ist geradezu unglaublich, was manche Jugendzeitschriften sich in dieser Hinsicht leisten. Wer z. B. aus beruflichen Gründen regelmäßig das Blatt der kommunistischen Jugend „Die Jungen Garde“ durchzusehen hat, der wird erschüttert sein von dem geistigen Tiefstand der Schreiber, die hier ihre plumpen und dummen Erfindungen, ihre Lügen und Entstellungen dauernd verzapfen; noch mehr erschüttert allerdings davon, daß Massen von Jugendlichen solchem Phrasenbrei ausgeliefert sind, ohne über dessen wahren Charakter aufgeklärt werden zu können.

„Der ADGB-Kongress für Arbeitsdienstpflicht“ lautet z. B. eine Schlagzeile in der „Jungen Garde“, die dann selbst über Anträge zum Gewerkschaftskongress berichtet, die sich gegen Arbeitsdienstpflicht und freiwilligen Arbeitsdienst wenden. „Ein Kongress der Jungen Freunde“ nennt man den kürzlich stattgefundenen Gewerkschaftskongress weiter und begründet diese „Jugendfeindlichkeit“ damit, daß der Bundesvorsitzende, Kollege Leipart, sich in seinem Tätigkeitsbericht mit warmen Worten der Not der erwerbslosen Jugend zuwandte und von Staat und Gesellschaft dringend Maßnahmen forderte, die die Einreichung der Jugendlichen in Beruf und Wirtschaftsleben ermöglichen. „So genug um den Nachwuchs des Kapitalismus“ nennt daselbe Blatt ein Bestreben, das den Hunderttausenden von Arbeiterkindern berufliche Ausbildung und Vorbereitung für das Erwerbsleben sichern will, wenn vom Kongress in einer einstimmig angenommenen Entschließung gefordert wird:

„Im Berufsausbildungsgesetz ist der Vorrang des Tarifvertrages eindeutig sichergestellt und die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Regelung der Lehrlingsausbildung zu gewährleisten.“

Weiter fordert der Kongress erneut den gesetzlichen Urlaubsanspruch von mindestens 12 Tagen für die erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen und mindestens 18 Tagen für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter Weiterzahlung des Lohnes. Dabei ist durch Einbeziehung der Mitwirkung der Gewerkschaften Vorsorge zu treffen, daß dieser Rechtsanspruch unabhängig von einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses gegeben ist.“

„Leipart dankt Steigerwald für die Verkündung des Kohlrübens“ lautet eine andere Gemeinheit der genannten Jugendzeitschrift. Daß Leipart als Kongressvorsitzender dem Reichsarbeitsminister dankt für seine kräftigen Worte gegen die hohen Gehälter und Einkommen in den Wirtschaftsunternehmungen, für die Ankündigung, daß bei diesen Großverdienern „sehr stark mit gesetzlichen Mitteln nachgeholfen werden muß“, um sie zu den der Not der Zeit entsprechenden Opfern bereit zu machen, davon ließ man natürlich in der „Jungen Garde“ nichts.

Manchmal ist man sich bei der Durchsicht dieses Blattes im Zweifel, ob Dummheit und Unwissenheit die Feder der hier angesetzten Schriftsteller-Lehrlinge führen, deren festes Gehalt sicher erheblich höher als ein Lehrlingslohn ist, oder ob es sich um bewußte Lügen und Verdrehungen handelt. Man fabelt z. B. von einer „Massenflucht der Junggewerkschafter“ und behauptet u. a., der Metallarbeiter-Verband habe im letzten Jahr 6000 jugendliche Mitglieder verloren. In Wirklichkeit aber hat nach dem Jahrbuch des ADGB für 1930 diese Gewerkschaft die Zahl ihrer jugendlichen Mitglieder von 76 242 am 31. Dezember 1929 auf 77 012 Ende 1930 steigern können. Daß bei anderen Gewerkschaften infolge des Rückgangs der Lehrlingshaltung (z. B. in den Bau- und graphischen Gewerben) notwendigerweise auch nur weniger Lehrlinge als sonst organisiert sein können, sieht jeder Mensch ohne weiteres ein, nur die Schriftleitung der „Jungen Garde“ erkennt an diesem Rückgang die erhoffte „Massenflucht“.

Ein Antrag der Leipziger Metallarbeiter verlangt vom Gewerkschaftskongress, daß er sich gegen den Religionsunterricht an den Berufsschulen austreden soll (was bekanntlich die Gewerkschaften seit je tun). Hierzu schreibt die „Junge Garde“: „Der Antragsteller vergißt dabei ganz zu sagen, daß unter der Herrschaft des sozialdemokratischen Kultusministers Grimme in Preußen der Religionsunterricht für Berufsschüler eingeführt wurde. In einem Antrag zur Verhinderung der importierten Junggewerkschafter darf freilich so etwas nicht stehen. Das ist verständlich.“ Soviel Unwissenheit und Verlogenheit, wie sie in diesen Sätzen steht, ist wohl kaum je beieinander gefunden worden. Wenn in Bayern und Württemberg Religionsunterricht im Lehrplan der Berufsschulen steht, so ist jedem anderen als dem Schreiberlehrling in der „Jungen Garde“ klar, daß ein preußischer Minister nicht daran schuld sein kann. Denkt man aber an Preußen selbst, wo seit dem Jahre 1897 der Religionsunterricht als eine freiwillige Einrichtung der Kirchen an Fortbildung- und Berufsschulen möglich ist, so erkennt man, daß auch hieran der Minister Grimme nicht die Schuld tragen kann, da Grimme damals gerade erst das schulpflichtige Alter erreicht haben kann, und es überhaupt noch keine sozialdemokratischen Minister gab. Hinzu kommt noch die Tatsache, die die Schriftleitung der „Jungen Garde“ von einem ihrer Geistigen Landtagsabgeordneten sicher hätte er fahren können, daß die Berufsschulen in Preußen nicht dem Kultusminister, sondern dem der Staatspartei angehörenden Handelsminister Dr. Schreiber unterstehen. Das sind so die Kleinigkeiten, mit denen man sich als kommunistischer Führer oder Schriftleiter nicht aushält. Mit diesem bewußten Vermeiden, in eine Sache tiefer einzudringen, dürfte wohl auch die Bitte des Bevollmächtigten des Obersten Volkswirtschaftsrats bei der Handelsvertretung der UdSSR. (Sowjetunion) in Deutschland an das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dita) um Auskunft über die in Deutschland getroffenen Maßnahmen und Einrichtungen zur beruflichen Fortbildung von Spezialarbeitern, Werkmeistern, Technikern und Ingenieuren zu erkären sein. Wollen ausländische Gewerkschaften solche Aufklärung haben, so wenden sie sich selbstverständlich an ihre deutschen Bruderorganisationen. Die russischen Kommunisten wenden sich an ihre deutschen Gefinnungsgenossen nicht, weil ihnen deren Kenntnisse und Urteilsfähigkeiten bekannt sind. Wo nichts ist, da ist auch nichts zu holen, da wendet man sich eben einfach an den Klassenfeind, an eine Arbeitgeber-Einrichtung, die der organisierten Arbeiterschaft als Gefinnungsfabrik durch die dort redigierten Werkszeitungen bekannt ist.

Wenn hier diesen Dingen einmal trotz innerem Widerstreben etwas Aufmerksamkeit gewidmet wird, so mit der Absicht, unsere jungen Kollegen kritisch zu machen gegen Behauptungen, die ihnen gedruckt oder mündlich vorgelesen werden. Es gibt ja kein Mittel, durch das Verleumder und Dummköpfe ihre Tätigkeit unmöglich gemacht werden können, solange es interessierte Stellen gibt, die Geld für die Herstellung und Verbreitung von Lügen und Unwahrheiten zur Verfügung stellen. Solange die Gewerkschaften im Kampf gegen Unternehmertum und Reaktion stehen, sind sie solche Bekämpfung gewöhnt und werden sie auch weiter zu erwarten haben. Zur Abwehr gehört aber, die Arbeiter, besonders die jüngeren, urteilsfähig zu machen über all die vielen Fragen, die heute von Bedeutung für die Arbeiterbewegung sind, damit die Versuche, Misstrauen und Zweifel an der eigenen Organisation aufzukommen zu lassen, zu Fehlschlägen werden. Gerade die jungen Gewerkschafter haben hierbei eine große Aufgabe vor sich.

Borzeitige Beendigung der Lehre und Arbeitslosenunterstützung

Die im Gefolge der Wirtschaftskrise auftretenden Betriebs-einschränkungen und Betriebsstilllegungen führen dazu, daß manchen Lehrling von seinem Lehrmeister ein früheres Auslernen, als nach dem Lehrvertrag vorgesehen, ermöglicht wird. Diese Tatsache bringt Schwierigkeiten mit sich, wenn der Ausgelernte — wie es ja jetzt die Regel ist — sofort arbeitslos wird und nun Arbeitslosenunterstützung zu erhalten sucht. Bekanntlich sieht das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Ver-

gewerbliche Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, während in den dem ADGB angehörenden Gewerkschaften nur rund 300 000 Jugendliche organisiert sind. Es bleibt also den Gewerkschaften noch ein weiteres Betätigungsfeld, das jetzt mehr als bisher von der Jugend selbst bearbeitet wird. Die Werbung der Jugendlichen durch den organisierten jungen Arbeiter wird in verstärktem Maße durch die Jugendabteilungen der Gewerkschaften in die Wege geleitet, um möglichst zu erreichen, daß auch in den kommenden Jahren, die einen Rückgang der Zahlen der erwerbstätigen Jugendlichen auf nahezu die Hälfte des normalen Standes bringen werden, keine Schwächung der gewerkschaftlichen Jugendgruppen eintrete.

Wie die Gewerkschaftsstatistik ausweist, ist die Zahl der von den Verbänden gemeldeten jugendlichen Mitglieder von 229 561 Ende des Jahres 1929 auf 224 539 Ende des Jahres 1930 zurückgegangen. Im „Jugend-Führer“, Jahrgang 1930, Heft 12, wurde in einer Besprechung dieser Statistik gezeigt, daß diese Angaben ungenau, da unvollständig sind. Es fehlen auch jetzt von elf Verbänden die Zahlen der jugendlichen Mitglieder. Damals wurde gezeigt, daß in Wirklichkeit etwa 310 000 Jugendliche in den Gewerkschaften organisiert sind gegenüber 229 561 von der Statistik erfasst. Auch für Ende 1930 liegen die Dinge ähnlich; es ist an diesem Zeitpunkt mit rund 300 000 jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern zu rechnen.

In einer Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Jugendleiter der Verbände und Bezirke im November 1930 wurde die Frage einer einheitlichen Berichterstattung über die gewerkschaftliche Jugendarbeit erörtert und ihre Durchführung ab 1. Januar 1931 vorgesehen. Es sind aber bereits über das verflossene Jahr von einigen Verbänden Berichte eingegangen, aus denen nachfolgende Angaben stammen:

12 Verbände berichten über das Bestehen von 1353 Jugendabteilungen; 9 Verbände melden 4981 Jugendfunktionäre, von denen 3083 unter 18 und 1898 über 18 Jahre alt sind. Die verantwortlichen Leiter der Jugendgruppen sind in der Regel über 18 Jahre alt. Auf dem Gebiete der fachlichen Fortbildung haben 11 Verbände 21 814 Veranstaltungen für die Jugendlichen getroffen, davon 15 848 praktische Übungs- bzw. Vorlesungen. Die übrige Zahl entfällt auf Lichtbild- und Filmvorführungen, Besichtigungen von Betrieben, Ausstellungen und dergleichen sowie auf Einzelverträge. An diesen fachlichen Bildungsveranstaltungen nahmen 440 800 Jugendliche teil. Auf dem Gebiete der allgemeinen und gewerkschaftlichen Bildung bewegten sich 24 810 Jugendveranstaltungen derselben 12 Verbände, an denen ebenfalls über 400 000 Jugendliche beteiligt waren. Spiel- und Unterhaltungsabende, Feiern, Theater- und Konzertbesuche und dergleichen Veranstaltungen wurden 6879 gezählt, während 3170 Spiele im Freien und 6412 Wanderungen und Ferienfahrten von den 12 berichtenden Verbänden gemeldet werden. Über die von den Jugendabteilungen benutzten Zusammenkunftsräume berichten nur fünf Verbände. Von 747 Jugendabteilungen können 227 in der Regel in eigenen Heimen bzw. Räumen zusammenkommen, während 224 öffentliche Jugendheime und 24 Schulräume benutzt werden. In 272 Räumen sind die Jugendabteilungen gezwungen, Gastwirtschaften für ihre Zusammenkünfte in Anspruch zu nehmen.

Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände fordert eine ausreichende Hilfe für erwerbslose Jugendliche

Am 21. Oktober hielt der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände, die Spitzenorganisation der deutschen Jugendverbände aller Richtungen, in Berlin eine stark besuchte Hauptversammlung ab, die sich vor allem mit den Hilfsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren beschäftigte. Nach einem einleitenden Referat des Geschäftsführers des Reichsausschusses, Hermann Mack, verdichtete sich die rege Ausprache zu einer von den Verbandsvertretern aller Richtungen einstimmig angenommenen Entschließung.

Angesichts des wachsenden Umfangs der Erwerbslosigkeit unter den Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren und der hieraus folgenden persönlichen und beruflichen Not ist der Reichsausschuss überzeugt, daß eine Aenderung des Nothandes nur durch Arbeitsbeschaffung zu erreichen ist. Ein Mittel sieht er in der Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit für Jugendliche, um erwerbslosen Jugendlichen neue Arbeitsplätze zu verschaffen. Mit Rücksicht darauf, daß in weitem Umfang Jugendliche nach Beendigung ihrer Lehre sofort entlassen und erwerbslos werden, fordert er, daß jeder Lehrherr zu verpflichten ist, die von ihm ausgebildeten Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit mindestens 6 Monate lang in seinem Betrieb als Gesellen und Gehilfen weiter zu beschäftigen.

„Die Notwendigkeit allgemeiner Sparmaßnahmen, besonders in der Verwendung öffentlicher Mittel, darf nicht dazu führen, daß in falsch verstandener und turzlicher Sparmaßnahmen benötigten Mittel in einer Weise getürzt oder zum Teil gänzlich geöffnet werden, die der auch staatspolitisch nicht zu leugnenden Aufgabe und sitlichen Pflicht nicht mehr gerecht wird, Arbeits- und Lebenkraft der erwerbslosen Jugendlichen zu erhalten und diese vor Verfehlungen und Vergehen zu bewahren.“

Der Reichsausschuss fordert, daß neben den Mitteln, die die Reichsregierung für die berufliche Schulung erwerbsloser Jugendlicher bereitgestellt hat, dem Reichsministerium des Innern für die Zwecke der Jugendpflege und Volksbildung an erwerbslosen Jugendlichen durch den Reichsfinanzminister ein Fonds in Höhe von 5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt wird. Der Reichsausschuss fordert ferner, daß die in Preußen im ordentlichen Haushalte bewilligten Mittel zur Fürsorge für erwerbslose Jugendliche und zur allgemeinen Pflege der Jugend, die inzwischen vom Preußischen Finanzministerium eingepart worden sind, in vollem Umfang ihrem vom Preußischen Landtag zugesetzten Zwecke wieder zugeführt werden. Der Reichsausschuss erwartet auch von den übrigen Ländern, daß Mittel und Einrichtungen für die Hilfe an erwerbslosen Jugendlichen bereitgestellt werden.

„Die ausgezeichneten Dienste, die die Berufs- und Fachschulen in der beruflichen und allgemeinen Fortbildung für erwerbslose Jugendliche geleistet haben und leisten können, nötigen den Reichsausschuss an der Forderung, daß die Länder, als die Träger des Berufs- und Fachschulwesens sich der Notwendigkeit nicht verschließen, die Berufs- und Fachschulen in ihrem gegenwärtigen Umfang zu erhalten und im Hinblick auf die Verwendungsmöglichkeiten für die Erwerbslosenhilfe diese pädagogisch Einrichtungen auszubauen.“

Der Reichsausschuss richtet die dringende Bitte an die Gemeinden, trotz ihrer finanziellen Bedrängnis die Not ihrer erwerbslosen Jugendlichen durch Bereitstellung geeigneter Aufenthalts- und Schulungsräume, durch Speisungen und durch Einsatz von Geldmitteln überwinden zu helfen. Der Reichsausschuss ist überzeugt, daß diese Aufwendungen in keinem Verhältnis zu den sonstigen Fürsorgeleistungen stehen und eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit der Hilfe seitens der freien Verbände sind.

Die gegenwärtige schwere und umfangreiche Not der erwerbslosen Jugendlichen kann wesentlich gemildert und auch überwunden werden, wenn öffentliche und freie Träger der Hilfe für erwerbslose Jugendliche unter Verzicht auf Zuständigkeitsstreitigkeiten sich zu gemeinsamer Arbeit und zu gegenseitiger Unterstützung bereit finden.“

Gewerkschaftliche Jugendorganisation

betreibt sich ein Abschnitt im Jahrbuch 1930 des ADGB, aus dem wir folgendes wiedergeben:

Zu den Wirkungen, die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit auch auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit ausüben, kam im verflossenen Jahre bereits der Rückgang in der Zahl der die Schule verlassenden Jugendlichen, der sich in den Jahren 1931 bis 1933 noch stärker bemerkbar machen wird. Die verringerte Lehrlingshaltung in verschiedenen Berufen ist sowohl hierauf als auch auf die starke Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die in den Berufen mit einer gezielten Lehrlingshaltung zu einer verminderten Einstellung von Lehrlingen entsprechend der geringeren Zahl von Beschäftigten in den einzelnen Betrieben führt. Dieser Rückgang der Lehrlingshaltung ist die Ursache dafür, daß Ende 1930 eine gewisse Abnahme der in den Gewerkschaften organisierten Jugendlichen festzustellen ist. Aber nur in wenigen Berufsgruppen, in denen die Lehrlinge nahezu vollzählig ihrer Gewerkschaft angehören, wird dieser Rückgang als unvermeidbar gelten können. Wie die Berufs- und Betriebszählung von 1925 ergab, waren damals 1 700 000 Jugendliche unter 18 Jahren in Handwerk, Industrie, Hand und Verkehr als